



Presseschau vom 22.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com vom 21.2.: **Aufzeichnung der außerordentlichen Sitzung des Sicherheitsrats der RF**

(Video mit Simultanübersetzung)

<https://www.facebook.com/rtdc/videos/970333603850906/>

de.rt.com: **Nebensja: Russland sichert nun den Frieden im Donbass – Washington sollte nicht weiter eskalieren**

Rede vor dem UN-Sicherheitsrat anlässlich der Anerkennung der DVR und LVR

(Video mit Untertiteln)

<https://www.facebook.com/watch/?v=669926994150330>

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Krise: Russland bereit Volksrepubliken zu schützen / USA wollen Sanktionen

Die militärische Situation in der Ostukraine ist extrem angespannt. Angesichts der katastrophalen Lage in der Region hat der russische Präsident Wladimir Putin das Dekret zur Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk unterzeichnet. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9>

de.rt.com: **Jubel im Donbass: Feuerwerk und spontane Feiern auf den Straßen von Donezk**

In den sozialen Netzwerken verbreiten sich Videos von spontanen Feiern auf den Straßen der Hauptstadt der heute von Russland anerkannten Volksrepublik Donezk. Die Freude vor Ort scheint keine Grenzen zu kennen. ...

<https://kurz.rt.com/2txu>

Rachel Marsden: **Wie oft sagten die USA schon: "Glaubt uns" – und dann stellte sich alles als Lüge heraus?**

Zwei angesehene Mitglieder der amerikanischen Presse wurden an ein und demselben Tag beschuldigt, Sympathisanten Russlands und des IS zu sein, nachdem sie von der Biden-Regierung Klarstellungen und Beweise erbeten hatten. Bemühungen der US-Medien, objektiv zu bleiben, werden jetzt offenbar als Akt der Illoyalität gegenüber den USA gebrandmarkt. ...

<https://kurz.rt.com/2twr>

Kani Tuyala: **Verloren im Sahel – Frankreich scheitert in Mali und bleibt unbeirrt**

Vor wenigen Tagen verkündete Frankreich den Rückzug seines Militärs aus dem westafrikanischen Mali. Für den "Kampf gegen den Terrorismus" ist bereits ein neues Ziel ausgemacht. Für die Soldaten geht es ins benachbarte Niger. Parallel dazu wächst der Unmut über die militärische Präsenz Frankreichs. ...

<https://kurz.rt.com/2tvf>

Wladislaw Sankin: **Das Massaker vom Maidan und die immer wieder darüber erzählten Märchen der Öffentlich-Rechtlichen**

Kaum ein anderes Verbrechen ist so gut dokumentiert wie das wahllose Erschießen der Maidan-Kämpfer im Zentrum Kiews durch Scharfschütze aus den umliegenden Gebäuden. Trotzdem, die im Westen erzählte Geschichte über das Maidan-Massaker, basiert nach wie vor auf einer Lüge. ...

<https://kurz.rt.com/2twx>

snews.de: **Wladimir Putins Rede zur Donbass-Anerkennung – Teil I**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einer Ansprache an die Nation die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannt und den Bürgern Russlands erklärt, was ihn zu dieser Entscheidung bewogen hat. ...

Teil 1: <https://snews.de/20220222/putins-rede-donbass-erkennung-teil-i-5476707.html>

de.rt.com: **Linke kritisieren Russland im Ukraine-Konflikt: "Keinesfalls eine Friedensmission"**

Die Spitzen von Partei und Fraktion der Linkspartei haben das Vorgehen Russlands im Donbass kritisiert. Es handele sich um einen "Völkerrechtsbruch", der den Frieden in Europa gefährde. Allerdings gab es auch Forderungen, weiterhin an einer Verständigung mit Moskau festzuhalten. ...

<https://kurz.rt.com/2tz9>

Aleksey Imajew: **Waffenlieferungen an die Ukraine in Zahlen: Wer, was und wie viel**

Rund ein Drittel der Deutschen sprechen sich laut Meinungsforschern gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Es finden sich aber Länder, die militärische Ausrüstung an Kiew in Milliardenhöhe geliefert haben. Wir zeigen Ihnen, wer, womit und mit wie viel die Ukraine bewaffnet. ...

<https://snews.de/20220222/waffenlieferungen-an-die-ukraine-5481734.html>

abends/nachts:

rusvesna.su: **Syrien wird bereit sein, LVR und DVR anzuerkennen**

Der syrische Präsident Baschar al-Assad sagte, Damaskus sei bereit, die Volksrepubliken Lugansk und Donezk anzuerkennen, erklärte Dmitri Sablin, Koordinator der Staatsduma-Gruppe für die Beziehungen zum Parlament der Sonderverwaltungszone, stellvertretender Leiter des Verteidigungsausschusses, gegenüber RIA Novosti.

„Ich bin sicher, dass nach Russland die DVR und die LVR auch von Verbündeten und Freunden anerkannt werden.

Ich habe mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad über die Situation im Donbass gesprochen.

Er sagte, Syrien sei auch bereit, sie anzuerkennen, so wie es Südossetien und Abchasien anerkenne“, sagte Sablin.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/asad_26.jpg

lug-info.com: Der Leiter der Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung (GZKK) Michail Filiponenko und sein Fahrer wurden bei einer Detonation im Zentrum von Lugansk verletzt. Dies teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Iwan Filiponenko gegenüber Journalisten am Ort des Geschehens mit.

„Es gab einen Anschlag auf den Leiter der Vertretung der LVR im GZKK. Auf dem Parkplatz bei der Vertretung detonierte sein Fahrzeug. Noch werden die Einzelheiten ermittelt, verletzt wurden der Leiter und sein Fahrer“, sagte er.

de.rt.com: **Iran ruft westliche Staaten zu mehr Kompromissbereitschaft bei Atomverhandlungen auf**

Schon seit einiger Zeit laufen Verhandlungen, um das Iran-Atomabkommen aus dem Jahr 2015 wiederzubeleben. Vorbedingung für Teheran ist die Freigabe seines Vermögens in anderen Staaten. Unter Donald Trump hatten sich die USA im Jahr 2018 aus dem Abkommen zurückgezogen.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums Said Chatibsadeh hat am Montag die europäischen Staaten und die Vereinigten Staaten aufgerufen, mehr "Bereitschaft" für eine mögliche Wiederbelebung des Atomabkommens zu zeigen, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Die iranische Delegation habe den relevanten Parteien der laufenden Atomverhandlungen in Wien ihre Vorschläge zu den verbleibenden Themen vorgelegt, sagte Chatibsadeh auf einer wöchentlichen Pressekonferenz.

Bei den Gesprächen in der österreichischen Hauptstadt seien bedeutende Fortschritte erzielt worden. Der Umfang und die Zahl der umstrittenen Themen habe sich verringert, so der iranische Sprecher. Chatibadeh fügte hinzu jedoch, dass noch einige schwierige und wichtige Fragen zu klären seien. Er sagte:

"Wir warten immer noch auf die Entscheidungen, die Europa und die Vereinigten Staaten treffen müssen, und wir haben diese Bereitschaft bei ihnen noch nicht gesehen."

Der Sprecher betonte, dass die iranischen Verhandlungsführer niemals Kompromisse bei den Rechten des iranischen Volkes und den roten Linien des Landes eingehen werden.

Chatibadeh forderte:

"Sicher ist, dass alle Sanktionen aufgehoben werden müssen, unabhängig von ihrer Bezeichnung, die mit den Verpflichtungen der anderen Partei unvereinbar sind und den wirtschaftlichen Nutzen des JCPOA (Atomabkommen von 2015) für den Iran behindern. Dies war einer unserer Grundsätze und wurde bis heute befolgt."

Außerdem setzte jede Vereinbarung in Wien die Freigabe der iranischen Vermögen in anderen Ländern voraus, sagte er.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hatte Washington im Mai 2018 aus dem iranischen Atomabkommen von 2015, das offiziell als Gemeinsamer Umfassender Aktionsplan (bekannt als JCPOA vom englischen "Joint Comprehensive Plan of Action") bekannt ist, zurückgezogen und erneut Sanktionen gegen Iran verhängt, was Teheran ein Jahr später dazu veranlasste, einige seiner nuklearen Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens aufzugeben und seine gestoppten Atomprogramme voranzutreiben.

Seit April 2021 fanden in der österreichischen Hauptstadt acht Gesprächsrunden zwischen Iran und den verbleibenden Parteien statt, nämlich Großbritannien, China, Frankreich, Russland und Deutschland, wobei die Vereinigten Staaten indirekt an den Gesprächen beteiligt waren, um das einstige Abkommen wiederzubeleben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6213bb95b480cc77c134e926.jpg>

Mil-Inr.info: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 21. Februar 2022

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt äußerst angespannt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Kämpfer schon **25-mal das Regime der Feueinstellung verletzt** und die Gebiete von **19 Ortschaften** unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und dabei **150 Geschosse** abgefeuert.

Außerdem geht der Terror von Seiten der ukrainischen Strafruppen gegen die friedliche Bevölkerung weiter.

So wurden heute durch Beschuss durch Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade mit 120mm-Mörsern von den Positionen im Gebiet von Malnowoje aus in Richtung Christowoje drei Wohnhäuser beschädigt.

Informationen über Tote und Verletzte werden noch ermittelt.

rusvesna.su: **Russland schickt Truppen in die DVR und LVR**

Der russische Präsident Wladimir Putin wies das russische Verteidigungsministerium an sicherzustellen, dass die russischen Streitkräfte friedenserhaltende Aufgaben in den Volksrepubliken wahrnehmen, bis entsprechende Abkommen mit der LVR und der DVR unterzeichnet sind.

„Im Zusammenhang mit der Bitte des Oberhauptes der Volksrepublik Lugansk an das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, zur Wahrnehmung einer Friedenssicherungsfunktion durch die Streitkräfte der Russischen Föderation auf dem Territorium der Volksrepublik Lugansk bis zum Abschluss des in Absatz 3 dieses Dekrets genannten Abkommens“, heißt es in Absatz 4 des Dekrets über die LVR. Es gibt eine ähnliche Klausel im Dekret über die DVR.

Darüber hinaus beauftragte der Präsident das Außenministerium, Gespräche mit der DVR und der LVR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zu führen. Dekrete, die die LVR und die DVR als souveräne und unabhängige Staaten anerkennen, wurden am Dienstagabend veröffentlicht.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/armiya_rossii_18.jpg

Wpered.su: **Boris Litwinow kommentierte die Anerkennung der DVR und der LVR durch die Russische Föderation**

Der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow kommentierte gegenüber einem Korrespondenten von „Wperjod“ die Anerkennung der DVR und der LVR durch die Russische Föderation.

„Wir wollten eine solche Entscheidung im Mai/Juni 2014. Und es gab dafür alle Voraussetzungen. Für Russland sind wir sehr zuverlässige und treue Bürger bei der Stärkung der Einheit der Brudervölker. Gemeinsam mit Russland, Belarus und anderen Völkern müssen wir die Völker in einem Unionsstaat vereinen. Vor 30 Jahren hat das große Land vorübergehend aufgehört zu existieren. Unsere Generation muss den historischen Fehler korrigieren und damit beginnen, die Völker zu vereinen. Wir zeigen ein gutes Beispiel. Nach der endgültigen Anerkennung wird eine neue Etappe beginnen, nicht weniger schwierig als

die letzten acht Jahre. Aber wir werden alle Schwierigkeiten gemeinsam überwinden. Ein neues, sozial orientiertes Sowjetland wird es geben!, sagte Boris Litwinow.

snanews.de: **Kiew verübt massive Angriffe auf Wohngebiete in Donezk**

Die Ukraine führt weiterhin massive Angriffe auf Wohngebiete der Volksrepublik Donezk, eine Zivilistin ist dabei nach Angaben der Volksmiliz verletzt worden.

„Die ukrainische Seite führt weiterhin massive Angriffe auf Wohngebiete unserer Republik. Infolge des Artilleriebeschusses der Stadtbezirke Kirowskij und Petrowskij von Donezk durch die 54. Brigade der ukrainischen Armee wurde eine Zivilistin leicht verletzt“, heißt es in dem Telegram-Kanal der Volksmiliz.

Darüber hinaus sei ein Auto beschädigt worden. An fünf Wohngebäuden seien Schäden registriert worden, eine Niederdruck-Gasleitung sei beschädigt worden. Die Gasversorgung von 35 Wohngebäuden sei unterbrochen.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat in einer Videoansprache am Montagabend die Entscheidung bekannt gegeben, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten anzuerkennen. Er sei zuversichtlich, dass die russische Bevölkerung seine Entscheidung unterstütze, sagte Putin.

Zuvor hatten die selbst ernannten Volksrepubliken um Anerkennung gebeten und Putin um Hilfe angerufen. Vor gut einer Woche hatte die Staatsduma den Staatschef in einem entsprechenden Appell zu der Anerkennung aufgerufen. Mehrere Abgeordnete argumentierten bei der Parlamentsdebatte in Moskau, dass in der Ostukraine bereits seit acht Jahren Krieg herrsche und eine Lösung nötig sei.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/15/5456267_0:256:2730:1792_1920x0_80_0_0_b886554fae7e36e0d5b8d294f2f1251c.jpg

Armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainische Seite verübt weiter massive Schläge auf Wohngebiete unserer Republik. Infolge von Artilleriebeschuss durch Kämpfer der 54. Brigade auf den **Kirowskij- und den Petrowskij-Bezirk von Donezk** wurde **eine Einwohnerin leicht verletzt**. Ein ziviles Auto wurde beschädigt. Es wurden Schäden an fünf Wohnhäusern in der Uliza Dmitrija Donskogo 44, 46, der Uliza Iwana Susanina 19 und 22, Uliza Kamenskaja 8 festgestellt. Eine Niedrigdruckgasleitung in der Uliza Roborowskogo 1 wurde beschädigt. Die Gaszufuhr von 35 Wohnhäuser in der Uliza Amossowa, Lutugina, Roborowskogo und Krasnaja Swesda ist unterbrochen.

Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation

Über die Anerkennung der Donezker Volksrepublik

1. Angesichts des Willens der Bevölkerung der Donezker Volksrepublik und der Weigerung der Ukraine, den Konflikt im Einklang mit den Minsker Vereinbarungen friedlich zu lösen, die Donezker Volksrepublik als souveränen und unabhängigen Staat anzuerkennen.
2. Das Außenministerium der Russischen Föderation führt Verhandlungen mit der Donezker Seite über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und formalisiert das Abkommen mit entsprechenden Dokumenten.
3. das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation zu beauftragen, unter Beteiligung der interessierten föderalen Exekutivorgane Verhandlungen mit der Donezker Seite zu führen, um den Entwurf eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand auszuarbeiten und einen Vorschlag für dessen Unterzeichnung gemäß dem festgelegten Verfahren vorzulegen.
- 4 . Entsprechend dem Ersuchen des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik stellt das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation sicher, dass die Streitkräfte der Russischen Föderation bis zum Abschluss des in Absatz 3 dieses Erlasses genannten Vertrags friedenserhaltende Aufgaben im Hoheitsgebiet der Volksrepublik Donezk wahrnehmen.
5. Dieser Erlass tritt mit dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft

Quelle: <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202202220002> Einen entsprechenden Erlass gibt es für die Anerkennung der Lugansker Volksrepublik.

de.rt.com: Erste Reaktionen aus dem Westen auf die Anerkennung der Donbassrepubliken

Die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch die Russische Föderation trifft im Westen auf Empörung und Unverständnis. Zahlreiche Politiker meldeten sich zu Wort und verurteilten den Schritt Russlands.

Der britische Premier Boris Johnson äußerte sich bereits vor Ende der Rede Putins. "Das ist ein offener Bruch internationalen Rechts, eine schamlose Verletzung der Souveränität und Integrität der Ukraine", erklärte er. Russland verstoße gegen die Minsker Abkommen. "Das ist ein schlechtes Omen, ein sehr dunkles Signal." Großbritannien stehe weiter an der Seite der Ukraine. Großbritannien hatte in letzter Zeit massiv Waffen in die Ukraine geliefert.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte bereits vor der Anerkennung erklärt, ein solcher Schritt stünde "im krassen Widerspruch" zu den Minsker Abkommen und sei ein "einseitiger Bruch" derselben.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borell äußerte sich ebenfalls bereits im Vorfeld und erklärte: "Wenn es zu einer Anerkennung kommt, werde ich die Sanktionen auf den Tisch legen und die Minister werden entscheiden."

Die **FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann** sagte: "Er erkennt die sogenannten 'Volksrepubliken' in der Ostukraine an und droht unverhohlen mit Krieg, wenn die Ukraine nicht freiwillig auf ihre eigenen Gebiete verzichtet. Er bricht damit das Minsker Abkommen und spricht der Ukraine die Unabhängigkeit ab." Sie erklärte, Putin habe die historischen Fakten verdreht, und forderte Sanktionen, um der Ukraine beizustehen.

Der **CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen** erklärte in der ARD-Sendung Hart aber Fair: "Das ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, eine Verletzung der Souveränität der Ukraine, indem er [Putin] diesen Teil durch völkerrechtswidrige Anerkennung herauslöst. Diese Rede ist eine Kriegerrede."

US-Präsident Joe Biden führte ein 35-minütiges Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel erklärten gemeinsam, die Anerkennung sei "eine offene Verletzung internationalen Rechts"; die EU werde "mit Sanktionen reagieren" und wiederhole "ihre standfeste Unterstützung der

ukrainischen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen". **Der dänische Außenminister Jeppe Kofod** sprach von "den verheerendsten Sanktionen, die die Welt je gesehen hat".

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock äußerte sich inzwischen per Twitter: „Die Anerkennung der separatistischen ‚Volksrepubliken‘ in der Ostukraine durch Präsident Putin macht jahrelange Bemühungen im Normandie-Format & der OSZE willentlich zunichte. Wir werden auf diesen Völkerrechtsbruch reagieren & stimmen uns mit Partnern ab.

Weiter heißt es in der Erklärung auf der Webseite des Auswärtigen Amtes: "Wir fordern Russland auf, die Entscheidung rückgängig zu machen, und auf den Weg der diplomatischen und politischen Konfliktlösung im Sinne der Minsker Vereinbarungen zurückzukehren."

Selenskij soll laut Heute-Journal von Kriegerrecht gesprochen haben. **Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba** hatte vor Beginn des EU-Außenministertreffens schon Sanktionen gefordert, "denn dafür gibt es genügend Gründe".

Der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala erklärte auf Twitter, die Anerkennung sei eine „Verletzung internationalen Rechts und ein Akt der Aggression“.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg machte Russland Vorwürfe. "Moskau befeuert den Konflikt in der Ostukraine, indem es die Separatisten finanziell und militärisch unterstützt." Die Anerkennung "untergräbt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, untergräbt die Bemühungen um eine Lösung des Konflikts und verstößt gegen die Minsker Abkommen, deren Vertragspartei Russland ist."

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht schrieb auf Instagram: "Unsere Antwort darauf wird kraftvoll und deutlich sein. Unsere Linie mit Blick auf Russland und die Ukraine ist eindeutig: Wir setzen auf klare und glaubwürdige Abschreckung. Es ist undenkbar, dass in Europa erneut Grenzen gewaltsam verschoben werden."

Der FDP-Vorsitzende und Finanzminister Lindner twitterte: "Mit dem Bruch des Völkerrechts isoliert sich Putin zum Schaden des russischen Volkes. Er wird erreichen, dass NATO und EU als Wertegemeinschaften enger zueinander finden. Vereint in der Solidarität zur Ukraine und im Vertrauen auf das Recht."

Die britische Außenministerin Liz Truss hat auch seitens Großbritanniens neue Sanktionen angekündigt.

"Morgen werden wir neue Sanktionen gegen Russland verkünden, als Antwort auf seinen Bruch des internationalen Rechts und seinen Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6213feabb480cc35b63ab486.jpg>

Denis-pushilin.ru: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin aus Anlass der

Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit der Donbass-Republiken durch Russland

Der historische Moment der Unterzeichnung der Erlasse über die Anerkennung der Republiken des Donbass durch den Präsidenten der RF Wladimir Wladimirowitsch Putin wird für immer und fest in unser Leben als Wiederherstellung der Gerechtigkeit und Wahrheit eingehen.

Heute wurde unsere Zukunft bestimmt und wir sehen zuversichtlich nach vorn.

Das ist um einiges mehr als Hilfe und Unterstützung, das ist eine Entscheidung an einem Wendepunkt, die uns die Überzeugung von einer friedlichen Zukunft eines starken russischen Donbass gibt.

Der Präsident der RF hat den Willen der russischen Bürger, den Willen des russischen Volkes zur Einheit umgesetzt. Wir danken Wladimir Putin und ganz Russland.

Vor uns liegt viel schwierige Arbeit. Aber das Volk des Donbass ist es gewöhnt, zu arbeiten, um nicht nur sich, sondern auch andere Regionen zu versorgen. Wir haben Russland etwas zu bieten. Jetzt werden unsere Unternehmen entwickeln können, unter gleichen Bedingungen zusammenarbeiten und unseren Beitrag zur Stärkung der Russischen Welt leisten können. Gratulation zur Anerkennung Donbass!

de.rt.com: Erste Reaktionen in der Ukraine auf die Anerkennung der Unabhängigkeit von DVR und LVR

Im ukrainischen Fernsehen herrscht im Moment ein realistisch-zurückhaltender Blick auf die Ereignisse vor. Die Moderatoren des Senders Ukraina 24 des Oligarchen Rinat Achmetow sprechen von Jahrzehnten, die die "Rückkehr" des Donbass auf sich warten lassen wird. Einer der Sprecher verglich das Schicksal des Donbass mit dem der Kurilen.

Der ehemalige Innenminister Arsen Awakow sagte, dass der einzige Weg zum Erfolg ein Marschall-Plan für die Wirtschaft der Ukraine sei, mit dem er nun fest rechne. Damit der Donbass zur Ukraine zurückkehre, müsse Russland zerfallen. Der Ukraine stehe daher ein langes Tränental bevor und bevor es besser werde, wird wohl der junge Moderator so alt und grau werden, wie er, Awakow, es ist.

Ergebnislos ist offensichtlich die Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates verlaufen. Ein Sprecher trat kurz vor Mitternacht Ortszeit an die wartenden Journalisten und riet ihnen, nach Hause zu gehen. Es sei "wie in einem Gericht", sagte er, manchmal müsse man mehrere Tage auf Ergebnisse warten.

Präsident Selenskij lehnte es ab, im Anschluss an eine Sitzung des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, die vertagt wurde, Entscheidungen zu treffen. Der Vorsitzende des Rates, Alexei Danilow, äußerte sich gegenüber der Presse sehr undeutlich und lief davon. Es scheint, dass sich die Lage im Donbass eindeutig nicht so entwickelt, wie Kiew es sich erhofft hatte, daher die beobachtete Verwirrung.

vormittags:

de.rt.com: USA evakuieren Botschaftspersonal aus der Ukraine

Washington hat das Personal seiner Botschaft in der Ukraine nach Polen verlegt. US-Außenminister Antony Blinken bezeichnete den Schritt als "umsichtige Vorsichtsmaßnahme", da die USA immer noch eine russische Invasion in die Ukraine erwarten.

Die USA evakuieren weiter ihr Botschaftspersonal aus der Ukraine. Diesmal bringen sie ihre Mitarbeiter über die Grenze nach Polen, da man einen vermeintlichen Angriff Russlands auf das Land weiterhin befürchtet. US-Außenminister Antony Blinken teilte am Montag in einer Erklärung mit:

"Heute ergreift das US-Außenministerium erneut Maßnahmen für die Sicherheit von US-

Bürgern einschließlich unseres Personals."

Er fügte hinzu, dass die US-Beamten, die vergangene Woche nach Lwow verlegt worden waren, die folgende Nacht in Polen verbringen würden:

"Unsere Kollegen, die vor kurzem nach Lwow verlegt wurden, werden in Polen übernachten. Sie werden regelmäßig zurückkehren, um ihre diplomatische Arbeit in der Ukraine fortzusetzen und konsularische Notdienste zu leisten."

Blinken bezeichnete den Umzug als "umsichtige Vorsichtsmaßnahme" und betonte, dass Washington die Regierung in Kiew nicht im Stich lassen werde:

"Die Tatsache, dass wir umsichtige Vorsichtsmaßnahmen für die Sicherheit des US-Regierungspersonals und der US-Bürger ergreifen, wie wir es regelmäßig weltweit tun, untergräbt in keiner Weise unsere Unterstützung oder unser Engagement für die Ukraine." Der jüngste Schritt erfolgte nur eine Woche, nachdem Washington seine Botschaft von Kiew nach Lwow verlegt hatte und rechtfertigte dies mit der angeblichen Verstärkung der russischen Streitkräfte nahe der Grenze zur Ukraine.

Anfang des Monats hatte die US-Regierung ihre Staatsbürger in der Ukraine aufgefordert, das Land zu verlassen, und erklärt, dass sie ohne vorherige Genehmigung aus Warschau auf dem Landweg nach Polen einreisen dürften.

Bei der Evakuierung der Botschaft aus Kiew in der vergangenen Woche wurden Berichten zufolge die Computersysteme und die Kommunikationsausrüstung der Einrichtung zerstört, da man befürchtete, dass die Geräte in die Hände der russischen Streitkräfte fallen könnten. Lwow liegt im Westen der Ukraine, weiter als Kiew von den Grenzen zu Russland entfernt. Am Montag eskalierten die Kriegsängste, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin angekündigt hatte, dass Moskau die abtrünnigen Donbass-Republiken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) unverzüglich als souveräne Staaten anerkennen werde. Die Volksrepubliken erklärten noch im Jahr 2014 ihre Unabhängigkeit von Kiew, nachdem von den USA und der EU unterstützte Nationalisten die gewählte Regierung in der Ukraine gestürzt hatten. Putin, der der Meinung ist, dass Kiew einen "Blitzkrieg" im Donbass beginnen will, wies das russische Militär an, Friedenstruppen in die neu anerkannten Republiken zu entsenden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6214799448fbef64cb7d5ab5.jpg>

lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik

Wir haben acht lange Jahre auf diesen Moment gewartet – das ist zweimal so lang wie das sowjetische Volk auf den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg gewartet hat. Unsere Hoffnungen und Träume sind Wirklichkeit geworden: Die Lugansker Volksrepublik wurde von einem sehr mächtigen und großen Staat – der Russischen Föderation – anerkannt! Die Ukraine hat uns Städte und Dörfer acht Jahre lang massiv beschossen, erbarmungslos zivile Infrastruktur zerstört und das Volk des Donbass getötet – Russland hat die ganze Zeit

eine helfende Hand ausgestreckt, in den schwierigsten Situation geholfen und gerettet. Nur dank der RF konnten die Lugansker und die Donezker Volksrepublik die humanitäre Katastrophe überwinden, die schlimmsten Wunden des Kriegs heilen, mit dem Wiederaufbau der Industrie beginnen und fest und zuversichtlich das allgemeine Lebensniveau der Bürger verbessern.

In einem Moment, da sich die Lage an der Front zum äußersten zugespitzt hat und Kiew den massiven Beschuss an der gesamten Frontlinie wieder aufgenommen hat und mit besonderes Brutalität begonnen hat, die Ruhe und Sicherheit unserer Einwohner zu zerstören, blieb uns nicht anderes, als uns an Russland zu wenden. Die Führung des Landes hörte die Stimme des Donbass und traf eine für uns alle schicksalsträchtige und historische Entscheidung, die Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepubliken anzuerkennen, obwohl sie sehr gute alle Risiken von Seiten des Westens kannte. Für unser Bruderland sind wir nicht einfach die „besonderen Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk“ wie für die Ukraine, sondern Menschen, Landsleute, das russische Volk, gegen das ein Genozid verübt wird!

Im Namen aller Einwohner der Lugansker Volksrepublik äußere ich Worte enormer, aufrichtiger Dankbarkeit an den Präsidenten der RF für die Anerkennung des Donbass!

Ich bin überzeugt, dass es uns gelingen wird, den ehemaligen Ruhm der Region wiederaufzubauen und zu vergrößern, für unsere Einwohner Stabilität und Zuversicht in den morgigen Tag zu gewährleisten. Und das wichtigste – wir haben nur eine zuverlässige Zuversicht auf eine friedliche, blühende Zukunft!

Danke Russland!

de.rt.com: **Biden unterzeichnet Dekret über Sanktionen, Investitionsverbote und Handel mit DVR und LVR**

Die Anerkennung der Volksrepubliken Lugansk und Donezk durch Moskau sorgte im Westen für viel Kritik. US-Präsident Biden unterzeichnete ein Dekret über Sanktionen, das unter anderem US-Bürgern verbietet, in diesen Republiken zu investieren oder mit ihnen Handel zu treiben.

US-Präsident Joe Biden hat ein Dekret über Sanktionen gegen Russland wegen Moskaus Anerkennung der Souveränität der Volksrepubliken Lugansk und Donezk (LVR und DVR) unterzeichnet. Das Dokument sieht unter anderem ein Verbot für US-Amerikaner vor, DVR und LVR zu finanzieren und dort zu investieren sowie ein Verbot des Handels mit den Republiken.

Bidens Verordnung verbietet "Neuinvestitionen in den sogenannten DVR- oder LVR-Regionen der Ukraine oder in anderen Regionen der Ukraine, die vom US-Finanzminister in Absprache mit dem US-Außenminister festgelegt werden, durch Personen aus den Vereinigten Staaten, unabhängig von ihrem Standort".

Darüber hinaus wird ein Verbot der direkten oder indirekten Einfuhr von Waren, Dienstleistungen oder Technologien aus den genannten Regionen in die Vereinigten Staaten sowie der direkten oder indirekten Ausfuhr, Wiederausfuhr, des Verkaufs oder der Lieferung von Waren, Dienstleistungen oder Technologien aus den Vereinigten Staaten oder durch eine Person der Vereinigten Staaten an diese Regionen, unabhängig von ihrem Standort, eingeführt.

Zudem ermächtigt die Verfügung die US-Regierung, Sanktionen gegen Personen zu verhängen, die in DVR und LVR tätig sind.

Am 21. Februar erkannte der russische Präsident Wladimir Putin die Souveränität der Volksrepubliken Lugansk und Donezk an. Mit den Oberhäuptern der beiden anerkannten Länder wurden Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung unterzeichnet.

US-Außenminister Anthony Blinken sagte: "Die Anordnung (von US-Sanktionen) soll Russland daran hindern, von dieser eklatanten Verletzung des Völkerrechts zu profitieren."

Die Anerkennung sei ein "klarer Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62146c61b480cc1e763c9132.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Februar 2022 wurden 65 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

(Es folgende genaue Angaben über eingesetzte Waffen, Uhrzeiten, Ort des Beschusses; Anm. d. Übers.)

- Infolge von Beschuss auf Alexandrowsk wurden sieben Wohnhäuser in der Uliza Luganskaja beschädigt
- Beim Beschuss auf die Gartenkooperative „Prigorodnoje“ nahe des Denkmals für den Fürst Igor wurde ein Haus beschädigt.
- Beim Beschuss auf Krasnyj Jar wurden drei Häuser und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt.
- Infolge des Beschusses auf Christowoje wurden drei Häuser beschädigt.

snanews.de: **Verträge mit DVR und LVR sehen gemeinsamen Grenzschutz und russische Militärbasen vor**

Die Entwürfe der Freundschaftsverträge Russlands mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk sehen den gemeinsamen Schutz der gegenseitigen Souveränität und Sicherheit vor. Die Vertragsentwürfe sind auf der Webseite des Unterhauses des russischen Parlaments veröffentlicht worden.

Laut Informationen von der Webseite der russischen Staatsduma wurden die Gesetzentwürfe zur Ratifizierung der Freundschaftsverträge an den Vorsitzenden der Staatsduma, Wjatcheslaw Wolodin, übergeben. Zudem wurden sie an den Ausschuss des russischen Unterhauses für internationale Angelegenheiten und den Ausschuss für Angelegenheiten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die eurasische Integration und die Beziehungen zu den Landsleuten der Staatsduma weitergeleitet.

„Die Vertragsparteien werden beim Schutz der Souveränität, der territorialen Integrität und der Sicherheit der Russischen Föderation und der Volksrepublik Lugansk eng zusammenarbeiten. Sie werden einander unverzüglich konsultieren, wenn nach Auffassung einer der Vertragsparteien die Gefahr eines Angriffs gegen sie entsteht, um die gemeinsame Verteidigung, die Aufrechterhaltung des Friedens und der gegenseitigen Sicherheit zu gewährleisten“, heißt es in Artikel drei des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen Russland und der Volksrepublik Lugansk. Ähnliche Vorschriften gibt es auch im Vertrag mit der Volksrepublik Donezk.

Die Vertragsparteien würden gemeinsam alle verfügbaren Maßnahmen ergreifen, um

Friedensbedrohungen zu beseitigen und gegen die Teilnehmer der Verträge gerichtete Aggressionen zu bekämpfen.

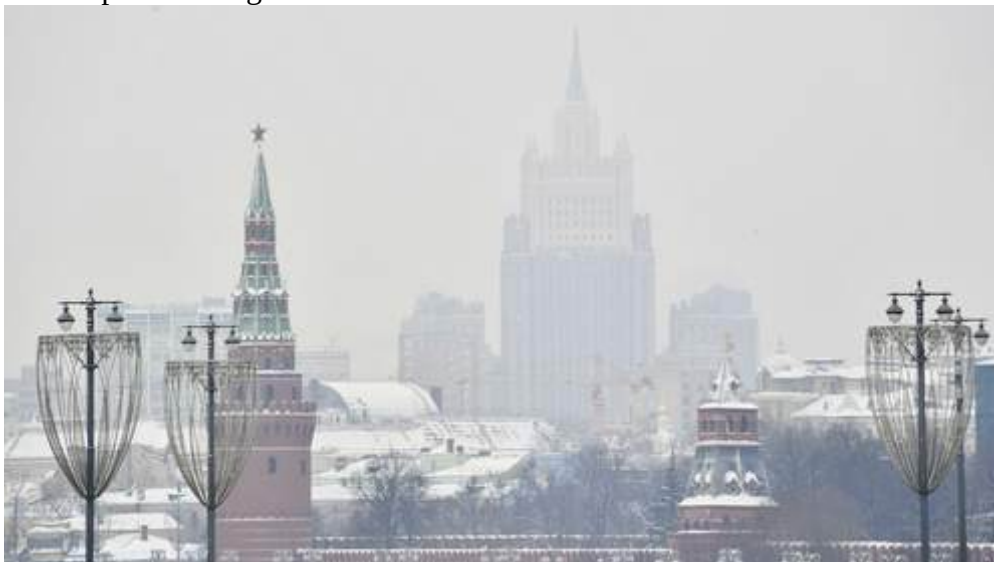
Darüber hinaus seien die Vertragsentwürfe das Recht der Streitkräfte der Vertragsparteien vor, militärische Infrastrukturen und Militärstützpunkte auf ihren Territorien gegenseitig zu nutzen.

Auch der gemeinsame Grenzschutz wurde in den Gesetzentwürfen vorgesehen. So heißt es im Text des Vertrags mit der Volksrepublik Lugansk:

„Der Schutz der Staatsgrenze der Volksrepublik Lugansk wird von den Vertragsparteien gemeinsam auf der Grundlage der Interessen ihrer eigenen Sicherheit sowie des Friedens und der Stabilität durchgeführt.“

Die Vertragsparteien würden die Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Grenzen der jeweils anderen Seite bestätigen und respektieren und würden es beabsichtigen, ein gesondertes Abkommen über den Grenzschutz zu schließen. Der Vertrag mit der Volksrepublik Donezk sieht eine ähnliche Regelung vor.

Außerdem wird die Russische Föderation laut den Freundschaftsverträgen wirksame Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und zum Betrieb des Finanz- und Bankensystems der Volksrepubliken ergreifen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/13/5432100_0:148:3115:1900_1920x0_80_0_0_6ca70c8f21ea2178a4caef6e8978376b.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 21. Februar 3:00 Uhr bis 22. Februar 3:00

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK 55 Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Infolge einer Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU im **Petrowskij-Bezirk von Donezk** (Siedlung des Tscheljukinzew-Bergwerks) an der Kreuzung Uliza Dunajewskogo und Uliza Markina **starb ein Mann.**

Außerdem wurden durch Beschuss von Seiten der BFU zahlreiche Schäden an Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur im Petrowskij-Bezirk von Donezk in der Uliza Wojkowa sowie der Uliza Klubnaja und der Uliza Aleutskaja festgestellt. Außerdem wurden Splitterschäden an einer Niederdruckgasleitung in der Uliza Roborowskogo 1 festgestellt.

Infolge einer Verletzung der Feueereinstellung durch die BFU wurde die Schule Nr. 56 im Kiewskij-Bezirk von Donezk beschädigt, zudem wurde ein Geschosstreffer auf dem Gebiet

einer Gartenparzelle in Wesjoloje in der Uliza Komsomolskaja 45 festgestellt. Außerdem wurden infolge zahlreicher Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU die Unterstation „Tschekist“ in Staromichajlowka und die Donezker Filterstation von der Stromversorgung abgeschnitten. Darüber hinaus wurde auch ein Geschosstreffer auf dem Gelände des Dokutschajewsker Gesteinskombinats entdeckt, das Gebäude eines Fließbands der Werkhalle Nr. 1 wurde beschädigt.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge einer Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU zahlreiche Schäden an Wohnhäuser im Kirowskij-Bezirk von Donezk festgestellt.

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Petrowskoje, Staromichajlowka, Wassiljewka, Besymennoje, Nowolaspa, Oktjabrj, Luganskoje, Donezk, Signalnoje, Krasnoarmejskoje, Kominternowo, Sosnowskoje, Dokutschajewsk, Saitschenko, Werchnetorezkoje, Kulikowo, Oserjanowka, Spartak, Wesjoloje, Mineralnoje, Shabunki, Wodjanoje, Shelesnaja Balka, Dolomitnoje, Alexandrowka, Wedenskoje, Losowoje, Tawritscheskoje, Staromarjewka, Grigorowka.**

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 667.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 54 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Nach Moskaus Maßnahmen bezüglich Donbass: Selenskijs Rede an Bevölkerung der Ukraine

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die Entscheidung Russlands, die beiden Volksrepubliken im östlichen Donbass anzuerkennen, verurteilt. Er bezeichnete den Schritt als Verletzung der Souveränität und Integrität seines Landes.

In einer Fernsehansprache am Dienstagmorgen beschuldigte der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij Moskau, die diplomatischen Bemühungen um eine Beilegung der Kämpfe mit den Milizen im Donbass zu untergraben. Er verkündete, dass die Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen, gegen die in Minsk ausgehandelten Vereinbarungen verstoße. Selenskij erklärte:

"Die Ukraine bezeichnet die jüngsten Aktionen der Russischen Föderation eindeutig als Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität unseres Staates." ...

"Die gesamte Verantwortung für die Folgen dieser Entscheidungen liegt bei der politischen Führung Russlands."

Am späten Montagabend erklärte der russische Präsident, Moskau werde die beiden Volksrepubliken, die sich im Zuge des Euro-Maidan-Putsches 2014 von der Ukraine abgespalten hatten, "unverzüglich" anerkennen. Zudem wies Putin das russische Militär an, Friedenstruppen in die neu anerkannten Republiken zu entsenden.

Trotz der monatelangen Panikmache westlicher Politiker über eine umfassende Invasion Russlands in die Ukraine beruhigte der ukrainische Staatschef seine Bürger. Er erklärte, es gebe "keinen Grund, heute Nacht nicht zu schlafen" und fügte hinzu:

"Wir können klar zwischen den Provokationen und der Offensive der Truppen des Aggressors unterscheiden. Die Wahrheit ist auf unserer Seite. Und wir werden die Wahrheit niemals vor Ihnen verbergen. Sobald wir eine Veränderung der Situation feststellen, sobald wir eine Zunahme der Risiken sehen, werden Sie es erfahren."

Selenskij betonte, dass es "keinen Grund für chaotische Aktionen" gebe.

Putins Entscheidung, die Volksrepubliken im Donbass anzuerkennen, kam zu einem Zeitpunkt, an dem sich loyale Kräfte der abtrünnigen Republiken und das Kiewer Militär gegenseitig eines schweren Beschusses entlang der Kontaktlinien beschuldigten. Das Aufflammen der Kämpfe löste eine Massenevakuierung der Bewohner des Donbass in nahe

gelegene russische Gebiete jenseits der Grenze aus.

Russlands Vorgehen im Donbass wurde zuvor von den Vereinigten Staaten, dem UN-Generalsekretär, dem NATO-Militärbündnis und der Europäischen Union verurteilt, wobei Brüssel sofort Vergeltungssanktionen ankündigte.

Obwohl der ukrainische Präsident erklärte, die Ukraine habe "keine Angst" vor Moskau, drängte er dennoch auf "klare und wirksame" Unterstützung durch die Verbündeten seines Landes, wobei seine Regierung eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu diesem Thema forderte.



<https://cdn.rti.com/deutsch/images/2022.02/article/621481b648fbef5d060706c8.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 22. Februar um 9:00 Uhr 28.267 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

3677 Personen sind derzeit erkrankt, 21.418 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3272 Todesfälle.

snanews.de: **Belgrad wird zu Sanktionen gegen Russland gezwungen – Präsident Vucic**
Serbien wird vom Westen laut Präsident Aleksandar Vucic gewaltig unter Druck gesetzt, nachdem Russland die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannt hat. Die Forderung lautet demnach, die westlichen Sanktionen gegen Moskau mitzutragen.

Man könne es sich gar nicht vorstellen, welchem Druck Serbien „in Bezug auf das Verhängen von Russland-Sanktionen und alles andere“ jetzt ausgesetzt sein werde. „Ich hatte schon Anrufe“, sagte der serbische Präsident dem Fernsehsender „TV pink“ am gestrigen Abend. Damit sei aber nicht das Telefonat mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron gemeint. Offiziellen Angaben zufolge haben Vucic und Macron am gestrigen Montag die Lage im Osten Europas und auf dem Westbalkan besprochen. Dabei habe der serbische Präsident bekräftigt, den Frieden seines Volkes wahren zu können.

Außenpolitische Zwangslage

In seinem TV-Auftritt zeigte sich Vucic besorgt darüber, was nach der Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Russland jetzt auf Serbien zukommen könne. „Ich bin natürlich beunruhigt. Wir haben keinen leichten Stand“, so der serbische Präsident. „Das bringt Serbien in eine Situation mit vielen Herausforderungen im Bereich der Politik, der Sicherheit und der Wirtschaft.“

Im Übrigen ist Vucic der Ansicht, die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zerstöre die jetzige Sicherheitsarchitektur der ganzen Welt. „Niemand kann mehr sagen, wer sich wie verhalten wird.“

Für Belgrad bedeute die gestrige Entscheidung der russischen Regierung, dass der politische Druck stärker zunehmen werde als jemals zuvor, sagte Vucic:

„Was ich in den vergangenen drei Tagen erleben musste, bestätigt meine Aussage. Dabei bin ich schon seit zehn Jahren in der Regierung, habe vieles durchmachen und unterschiedlichen Zwängen standhalten müssen.“ ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/1d/4498636_0:71:2963:1737_1920x0_80_0_0_369de4799cacc3b78de79724dcef901.jpg

Mzdnr.ru: Am 21. Februar wurden in der DVR 4304 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1662 positiv, bei 33 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 145 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 16 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 82 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1257 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 560 mit Sauerstoffunterstützung (+35 in den letzten 24 Stunden).

Am 22. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 152.507 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

27.689 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 115.161 als gesund entlassen, es gibt 9657 Todesfälle.

snnews.de: **DVR und LVR werden in den Grenzen der Gebiete Donezk und Lugansk anerkannt – russisches Unterhaus**

Die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) werden in den Grenzen der entsprechenden Gebiete anerkannt, wie der Leiter des Ausschusses für Angelegenheiten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei der Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments), Leonid Kalaschnikow, am Dienstag erklärte.

„In diesem Vertrag wird nicht präzisiert, aber ich denke, dass die Staatlichkeit gemeint ist, die durch das alte und einzige Referendum gebilligt wurde, welches in anderen Grenzen, als diejenigen, die jetzt die DVR einnimmt, abgehalten wurde,“, fügte er hinzu.

Zurzeit kontrollierten die Republiken nur einen Teil der Gebiete Donezk und Lugansk, sie finden aber, dass sich ihre Staatlichkeit auch auf die verbleibenden Territorien erstrecken würde, erklärte Kalaschnikow.

Russland erkennt Unabhängigkeit von Donezk und Lugansk an

Am Montagabend hatte der russische Präsident, Wladimir Putin, in einer Videoansprache an die Bürger Russlands die Entscheidung bekannt gegeben, die 2014 ausgerufenen Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten anzuerkennen.

Nach seiner Ansprache hat Putin im Beisein der Republikchefs von Donezk und Lugansk den Text der Anerkennung der beiden Volksrepubliken unterzeichnet sowie mit beiden Republiken Verträge über gegenseitige Freundschaft und Unterstützung geschlossen, die die Chiefs der beiden Volksrepubliken gegenzeichneten.

Zuvor hatten die selbsterklärten Volksrepubliken um Anerkennung gebeten und Putin um Hilfe angerufen. Vor gut einer Woche hatte die Staatsduma den Staatschef in einem entsprechenden Appell zu der Anerkennung aufgerufen.

Lage im Donbass spitzt sich zu

Am Freitag war die Lage in der ostukrainischen Region Donbass eskaliert, als die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk verstärkten Beschuss mit schwerer Munition seitens ukrainischer Streitkräfte gemeldet hatten.

Nach Erkenntnissen des Donezker Geheimdienstes will die Ukraine mit einem großangelegten Angriff von Artillerie, Flugzeugen, Hubschraubern und Drohnen militärische und zivile Objekte zerstören sowie Donezk, Lugansk, Gorlowka und Altschewk blockieren. Die DVR und die LVR haben angesichts des verstärkten Beschusses der Region eine Massenevakuierung ihrer Bürger eingeleitet. Die Menschen werden nach Südrussland gebracht. Am Samstag ordneten die Chefs der beiden Republiken eine allgemeine Mobilmachung an.

Umsturz in Kiew

Nach dem Umsturz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew im Februar 2014 hatten sich die an Russland angrenzenden Gebiete Donezk und Lugansk von der Ukraine losgesagt und gleichnamige Volksrepubliken ausgerufen. Zwei Monate später begann Kiew die sogenannte Anti-Terror-Operation gegen Donezk und Lugansk.

Nach Angaben der Behörden der beiden Republiken kamen während der Kämpfe rund 6800 Volkswehrangehörige und Zivilisten ums Leben. Die Gesamtzahl der Opfer auf beiden Seiten wird von der UNO auf mehr als 13.000 beziffert. Rund 44.000 Menschen wurden den Angaben zufolge verletzt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/16/5470716_0:0:3065:1725_1920x0_80_0_0_21baf81cf6acffcdcb664c81dc3cf86d.jpg

Mil-Inr.info: Operative Informationen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko am 22. Februar 2022

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt äußerst angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **65-mal das Regime der Feueinstellung verletzt** und **29 Ortschaften** der Republik beschossen.

Infolge von Beschuss durch Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade mit 122mm-Artillerieschützen, 120mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen auf **Christowoje, Krasnyj Jar, Alexandrowsk** und die **Gartenkooperative „Prigodnoje“** nahe des Denkmals für den Fürsten Igor wurden 14 Wohnhäuser und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt.

Außerdem geht der Terror von Seiten der ukrainischen Straftuppen gegen die Zivilbevölkerung weiter.

Nach genaueren Informationen wurde durch Beschuss durch Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade mit 120mm-Mörsern von den Positionen im Gebiet von Lopaskino in **Richtung Slawjanoserbsk ein Zivilist verletzt**, außerdem wurde ein Wohnhaus beschädigt.

de.rt.com: **Chinas Reaktion auf russische Anerkennung der Donbass-Republiken**

Nachdem die Russische Föderation am Montagabend die autonomen Republiken im Donbass offiziell anerkannt hatte, sagte der chinesische Außenminister Wang Yi, dass die anhaltende Eskalation der Spannungen mit der Nichtumsetzung des Minsker Abkommens zusammenhänge.

China äußerte sich "besorgt" über die Entwicklung der Lage in der Ukraine, nachdem Russland die Anerkennung der Republiken Donezk und Lugansk angekündigt hatte.

In einem Telefongespräch mit seinem US-Kollegen Antony Blinken sagte der chinesische Außenminister Wang Yi am Dienstag, die jüngsten Veränderungen stünden im Zusammenhang mit der anhaltenden Nichtumsetzung des Minsker Abkommens von 2015, das einen Fahrplan für die friedliche Wiedereingliederung der abtrünnigen Regionen des Donbass in die Ukraine vorsieht.

US-Außenminister Blinken schrieb auf Twitter:

"Ich habe mit dem Staatsrat und Außenminister der Volksrepublik China, Wang Yi, gesprochen. Ich habe die Notwendigkeit unterstrichen, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu wahren."

Am Montag hat Russland die beiden selbsternannten Republiken als unabhängige Entitäten anerkannt. Moskau erklärte, dass die Weigerung Kiews, seinen Verpflichtungen aus dem Minsker Protokoll nachzukommen, und seine offensichtliche Weigerung, eine Verhandlungslösung mit den Rebellenregionen anzustreben, diesen Schritt rechtfertigten.

Als er die abtrünnigen Republiken als souveräne Nationen anerkannte, ordnete Präsident Wladimir Putin an, russische Truppen in den Gebieten zu stationieren, um sie gegen mögliche Militäraktionen der ukrainischen Streitkräfte zu verteidigen.

Der chinesische Spitzendiplomat sagte, Pekings Position in der Frage der Ukraine bleibe konsequent. Wang betonte:

"Die legitimen Sicherheitsinteressen eines jeden Landes sollten respektiert und die Prinzipien der UN-Charta eingehalten werden."

Er rief alle beteiligten Parteien dazu auf, "Zurückhaltung zu üben, die Bedeutung der Umsetzung des Prinzips der Unteilbarkeit der Sicherheit anzuerkennen, die Situation zu entspannen und Differenzen durch Dialog und Verhandlungen zu lösen".

Die Anerkennung der abtrünnigen Regionen durch Moskau erfolgte inmitten eines Anstiegs der Spannungen zwischen Russland und der NATO. Das Land wirft dem Militärbündnis vor, seine nationale Sicherheit durch dessen Expansion nach Osten in Europa zu untergraben.

Russland behauptet, dass der von den USA geführte Block die Ukraine für die Stationierung seiner militärischen Mittel ins Visier genommen habe, und hält dies für inakzeptabel.

Die USA und ihre Verbündeten lehnten Russlands Vorschlag ab, ein Moratorium für die NATO-Erweiterung einzuführen und deren militärische Präsenz auf dem Kontinent zu reduzieren. Stattdessen warfen sie Moskau vor, einen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu planen.

Kiews ausländische Unterstützer flogen Flugzeuge voller moderner Waffen in die Ukraine und behaupteten, sie würden zur Verteidigung des Landes gegen Russland benötigt. Moskau sagte, die Lieferungen seien offenbar dazu gedacht, die Fähigkeiten des ukrainischen Militärs in Vorbereitung eines Angriffs auf die Widerständler zu verstärken.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621496e248fbef59e320a5ce.jpg>

Dan-news.info/lug-info.com: Die Volkssowjets der DVR und der LVR haben die Freundschaftsverträge mit der RF ratifiziert.

de.rt.com: Russisches Parlament ratifiziert Abkommen mit Volksrepubliken Donezk und Lugansk

Die russischen Parlamentarier haben für die Ratifizierung der beiden Vereinbarungen gestimmt, die die politische Zusammenarbeit mit und die militärische Unterstützung der beiden abtrünnigen Donbass-Republiken Donezk und Lugansk durch Russland untermauern, nachdem Präsident Wladimir Putin eine Proklamation zur Anerkennung von deren Unabhängigkeit unterzeichnet hatte.

In einer Sitzung am Dienstag hat die Duma, das Unterhaus des russischen Parlaments, mit 400 anwesenden Abgeordneten einstimmig für die beiden Abkommen gestimmt. Am selben Tag hatten die Parlamente der beiden Regionen zeitgleich einen jeweiligen "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation" ratifiziert.

Wie russische Nachrichtenagenturen melden, änderten die Abgeordneten gleichzeitig die Ratifizierungsgesetze, wonach die Verträge in Kraft treten, sobald sie veröffentlicht sind.

Die Dokumente wurden vom russischen Präsidenten Putin und den Oberhäuptern der Republiken, Denis Puschilin und Leonid Passetschnik, unterzeichnet. In den Abkommen, deren Wortlaut identisch ist, heißt es: "Die Seiten werden ihre Beziehungen als befreundete Staaten aufbauen, die sich konsequent von den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten" sowie von den Grundsätzen der Gleichheit und Nichteinmischung leiten lassen.

Die Verträge betreffen die Bereiche Wirtschaft, einschließlich der Verwendung des russischen Rubels, Verteidigung und Grenzschutz, Schutz der Rechte ethnischer Minderheiten und weitere Aspekte.

In der vergangenen Woche hatte das russische Parlament einen Antrag unterstützt, in dem Putin aufgefordert wurde, die Donbass-Republiken anzuerkennen. 351 Abgeordnete stimmten dafür. Nur 16 Abgeordnete stimmten vorige Woche gegen diese Entschließung, ein Abgeordneter enthielt sich.

Die Führungen der abtrünnigen Republiken und staatliche Vertreter in Kiew haben sich gegenseitig beschuldigt, die Kontaktlinie innerhalb der Ukraine seit mehreren Tagen schwer zu beschießen. Letzte Woche gaben Donezk und Lugansk bekannt, dass sie damit begonnen hätten, Zivilisten nach Russland zu evakuieren, da die Feindseligkeiten ihren Angaben zufolge stark zugenommen hatten. Es wurde die Mobilmachung aller kampffähigen Männer angeordnet, um bei einem möglichen militärischen Konflikt innerhalb der Regionen

kampfbereit zu sein.

Die Ukraine weist Behauptungen zurück, sie bereite einen militärischen Angriff vor. Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexej Danilow, erklärte, dass "es sich um einen Versuch handelt, unsere Streitkräfte zu provozieren", und dass Kiews Truppen "nur dann das Feuer eröffnen können, wenn eine Bedrohung für das Leben unserer Soldaten besteht".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6214c26848fbef7a097e13a5.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand um 10:00 am 22.2.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **55-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet**. Davon 41-mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern und 461 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR **mehr als 6667 Artillerie-, Mörser- und sonstige Granaten** abgefeuert. Unter Beschuss gerieten die Gebiet von **30 Ortschaften** der Republik.

Kämpfer der 36. Brigade haben unsere Positionen im Gebiet von **Kominternowo** angegriffen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Soldat der Volksmiliz der DVR, ein weiterer wurde schwer verletzt, zwei leicht**. Wir sprechen den Verwandten und Freunden unserer Verteidiger unser Mitgefühl aus.

Außerdem **starb durch Beschuss** von den Positionen der BFU aus **ein Zivilist**, es wurden drei **Schulen, Nr. 105 und 56 in Donezk, Nr. 47 in Gorlowka**, das zentrale **Stadtkrankenhaus Nr. 14 in Donezk**, zwei Wohnhäuser in Gorlowka in der Uliza Kasarzewa 9 und der Uliza Moskalenko 11 beschädigt, außerdem eine Stromleitung im Petrowskij-Bezirk von Donezk, **die Unterstation „Tschekist“ in Staromichajlowka und die Donezker Filterstation wurden von der Stromversorgung abgeschossen, die Wasserversorgung der Republik ist eingeschränkt**. Ein ziviles Fahrzeug wurde beschädigt. Es wurden Schäden an fünf Wohnhäusern in der Uliza Dmitrija Donskogo 44, 46, der Uliza Iwana Susanina 19, 22, der Uliza Kamenskaja 8 festgestellt. Eine Niedrigdruckgasleitung in der Uliza Roborowskogo 1 wurde beschädigt. Die Gasversorgung von 35 Wohnhäusern in folgenden Straßen ist unterbrochen: Amossowa, Lugutina, Roborowskogo, Krasnaja Swesda.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade **Shelesnaja Balka** und die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern beschossen.

Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade haben unter Einsatz von Mörsern **Dolomitnoje** beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 25. Brigade **Wassiljewka, Werchnetorezkoje**

(Jushnoje) Mineralnoje und Oserjanowka mit 120mm- und 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Kämpfer der 56. Panzergrenadierbrigade haben das Feuer auf **Wesjoloje, Spartak, Shabunki, Wodjanoje** und das **Gelände des Flughafens** von Donezk mit Panzer und 120mm- und 82mm-Mörsern eröffnet.

Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade haben das Feuer auf das Gebiet des **Petrowskij-Bezirks von Donezk, Staromichajlowka, Luganskoje, Signalnoje, Alexandrowka, Losowoje** sowie das **Volvo-Zentrum** und das **Chemiewerk** in Donezk unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade **Nikolajewka, Dokutschajewsk, Petrowskoje, Nowolaspa und Tawritscheskoje** unter Einsatz von 120mm-Mörsern sowie verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade haben **Besymennoje, Oktjabrj, Krasnoarmejskoje, Sosnowkoje, Wedenskoje Saitschenko und Kominternwo** mit 122mm-Rohrartillerie, 120mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen. Zusätzliche Informationen über Verletzte und Zerstörungen ziviler Objekte werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ von der Vertreter der DVR im GZKK in der geltenden Zusammensetzung den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weigerten auf unsere Anfragen nach einer Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten des Gegners zu ergreifen.

Die ukrainischen Kämpfer unterlassen die Versuche nicht, die Lage in der Republik zu destabilisieren. Nach operativen Informationen wurde bekannt, dass heute Morgen, am 22. Februar, **ukrainische Diversanten auf der Straße Donezk-Gorlowka eine Sprengladung gezündet** haben. Infolge des terroristischen Aktes **starben drei Zivilisten**, die in einem Auto auf dieser Straße fuhren.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade vier Haubitzen 2A36 „Giazint-B“ 152mm und vier gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in der Nähe von Wohnhäusern in Prochorowka und zwei Schützenpanzer in der Nähe von Bogdanowka stationiert.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade befindet sich ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Gnutowo. Außerdem ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe von Nowoselowka Wtoraja aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung verbotener Waffen der 95., 25. und 36. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Shelanoje, Andrejewka, Jakowlewka und Lebedinskoje zu blockieren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission 25 vom 22.02.2022 bestätigt.

nachmittags:

novorosinform.org: "Es wird Verluste geben": Der Verteidigungsminister der Ukraine hat sich an das Militär gewandt

Die ukrainische Armee ist das einzige, was den Kreml davon abhält, die Sowjetunion wiederzubeleben, sagte der ukrainische Verteidigungsminister Alexej Resnikow.

Laut Resnikow habe Moskau mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der DVR und der

LVR "sein Gesicht gezeigt". Jetzt sei die ukrainische Armee das einzige Hindernis auf dem Weg des Kremls, der die UdSSR wiederbeleben wolle, glaubt der Minister. Sein Appell wird auf der Seite des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine im sozialen Netzwerk Facebook veröffentlicht.

"Es stehen schwierige Prüfungen bevor. Es wird Verluste geben. Wir müssen durch Schmerzen gehen, Angst und Niedergeschlagenheit überwinden", sagte Resnikow voraus. Er zeigte sich auch zuversichtlich, dass die Ukraine gewinnen werde. Ukrainische Soldaten seien auf ihrem eigenen Land und würden ihre Heimat, ihre Verwandten und Freunde beschützen, erklärte der Chef des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Resnikow forderte die ukrainischen Soldaten auf, ruhig zu bleiben und Disziplin zu halten.



https://novorosinform.org/content/images/96/02/39602_720x405.jpg

snanews.de: **Lawrow verteidigt Donbass-Anerkennung – Sorge vor Kiews neuer „Kriegsrhetorik“**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat die Entscheidung Moskaus verteidigt, die abtrünnigen Gebiete in der Ostukraine als unabhängige Staaten anzuerkennen. Die Kritik aus dem Westen wies er zurück, äußerte sich jedoch besorgt über ein erneutes Säbelrasseln in Kiew.

„Die Reaktion unserer westlichen Kollegen war abzusehen“, sagte Lawrow am Dienstag im russischen Staatsfernsehen. „Sie haben sich schon in den vergangenen Jahrzehnten daran gewöhnt, uns für alle Probleme verantwortlich zu machen.“

Zu den angedrohten Sanktionen des Westens meinte der russische Spitzendiplomat, dass man sie sowieso verhängt hätte, auch wenn die russische Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk ausgeblieben wäre.

„Wir wissen, dass Sanktionen auf jeden Fall kommen werden, egal ob es einen Anlass gibt oder nicht.“

Der Regierung in Kiew sprach Lawrow das Recht ab, das gesamte ukrainische Volk zu repräsentieren. Kiew habe dieses Recht nach dem Umsturz von Februar 2014 eingebüßt, erklärte er:

„Ich denke, niemand kann behaupten, dass das ukrainische Regime seit dem Staatsstreich von 2014 das gesamte, auf dem Territorium des ukrainischen Staates lebende Volk repräsentiert.“ Viele ukrainische Regionen hätten damals den verfassungswidrigen Machtwechsel abgelehnt, „mit dem in der ukrainischen Geschichte ein tragisches Kapitel aufgeschlagen wurde“, so Lawrow. Insbesondere die darauffolgenden Ereignisse auf der Krim und im Osten der Ukraine hätten dies verdeutlicht.

Zugleich äußerte sich der russische Außenminister besorgt über die „kriegerische Rhetorik“ aus Kiew und das weitere „Vollpumpen der Ukraine mit Waffen“. „Wir setzen uns weiter dafür ein, alle Probleme friedlich zu lösen“, betonte Lawrow. Nach seinen Angaben provoziert

die ukrainische Regierung immer neue Schusswechsel an der Grenze zu den Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

In den vergangenen Tagen hatten die Führungen der beiden von Kiew als abtrünnig betrachteten Regionen eine Generalmobilmachung und Massenevakuierungen von Zivilisten nach Russland angeordnet. Anlass war eine angeblich unmittelbar bevorstehende Offensive der ukrainischen Armee, was Kiew jedoch bestritt.

Am Montag erkannte der russische Präsident Putin die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk per Dekret als unabhängige Staaten an. Außerdem ordnete er die Entsendung von Truppen in die beiden Regionen an, um dort den Frieden zu sichern. Die beiden Volksrepubliken hatten bereits nach dem Umsturz in Kiew Anfang 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt. Die ukrainische Regierung reagierte damals mit der Entsendung von Truppen. Der seitdem schwelende militärische Konflikt im Osten der Ukraine hat nach UN-Angaben mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet.

Seine gestrige Entscheidung begründete Putin in einer TV-Ansprache unter anderem damit, dass die Ukraine die Minsker Abkommen über eine friedliche Beilegung des Konflikts jahrelang ignoriert habe. Nach Einschätzung des Kremlchefs fand im Donbass ein „Genozid“ statt, die Menschen lebten unter ständigem Beschuss. Sollte es in der Region zu weiterem Blutvergießen kommen, liege die volle Verantwortung bei Kiew, warnte Putin.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0e/5002631_0:0:3167:1782_1920x0_80_0_0_72afeb41ac219aea153897528db12cd3.jpg

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin erklärte heute in einer Sendung von Rossiya-1, dass die Staatsgrenzen der Republiken des Donbass in den Grenzen der Territorien bleiben, wie sie vor Beginn des Konflikts bestanden.

„Ich kann das kurz machen. In der Verfassung der DVR, in der Verfassung der LVR sind die Grenzen im Rahmen der Oblaste Donezk und Lugansk. Weitere Schritte wird die Zeit zeigen“, sagte er.

Wir erinnern daran, dass am 2.12.2019 in der DVR das Gesetz „Über die Staatsgrenze der DVR“ in Kraft trat. Gemäß dem Dokument ist die Staatsgrenze identisch mit den administrativen Grenzen der Oblast Donezker zum Stand von Anfang 2014.

snnews.de: **Donbass-Anerkennung: Wien bestellt russischen Botschafter ein**

Das österreichische Außenministerium will am Dienstag den russischen Botschafter in Wien einbestellen. Das kündigte Bundeskanzler Karl Nehammer auf einer Pressekonferenz an. Anlass sei die Entscheidung Moskaus, die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ostukraine als unabhängige Staaten anzuerkennen.

Mit seinem Vorgehen habe Russland gegen Abkommen verstoßen und die diplomatischen

Beziehungen erschwert, sagte Nehammer nach der Sitzung des Krisenkabinetts. Aus diesem Grund werde der russische Botschafter heute in das Außenministerium einbestellt. Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg hatte die Anerkennung der beiden Regionen durch Russland als „eine eklatante Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine“ kritisiert und erklärte er am Montag:

„Mit diesem einseitigen Schritt verletzt Russland Völkerrecht und verunmöglicht die Umsetzung der Minsker Abkommen zur friedlichen Beilegung des Konflikts in der Ostukraine.“

„Wir fordern Russland auf, diese Entscheidung rückgängig zu machen und zum Verhandlungstisch zurückzukehren“, sagte Schallenberg. Er kündigte zudem eine „geeinte und unmissverständliche Reaktion“ der europäischen und internationalen Partner an. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/07/4602677_0:64:2048:1216_1920x0_80_0_0_70aa2a3518e37ef89858d1130ca70cc0.jpg

de.rt.com: **Bundesregierung stoppt Zertifizierung von Nord Stream 2**

Vor dem Hintergrund der Anerkennung der beiden Donbass-Regionen Donezk und Lugansk durch Moskau stoppt die Bundesregierung das Genehmigungsverfahren für die russisch-deutsche Erdgasleitung Nord Stream 2 bis auf Weiteres.

Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte am Dienstag, dass die Zertifizierung von Nord Stream 2 gestoppt wird. Scholz rechtfertigte diesen Schritt damit, dass Russland mit "allen völkerrechtlichen Vereinbarungen" gebrochen habe und einen "unverständlichen, ungerechtfertigten" Schritt gegangen sei, indem es Donezk und Lugansk als Volksrepubliken anerkennt.

Wie der Sender ntv meldet, hat Bundeskanzler Olaf Scholz das Bundeswirtschaftsministerium gebeten, die erforderlichen verwaltungsrechtlichen Schritte einzuleiten, damit vorläufig keine Zertifizierung der Gas-Pipeline erfolgen kann, so der Bundeskanzler in Berlin:

"Und ohne diese Zertifizierung kann Nord Stream 2 ja nicht in Betrieb gehen."

Der Bundeskanzler hat den Entschluss von Präsident Wladimir Putin zur Anerkennung der selbst ernannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk als unabhängige Staaten als schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts verurteilt.

"Die Lage ist heute eine grundlegend andere",

erklärte Scholz in Berlin bei einer Pressekonferenz mit dem Ministerpräsidenten Irlands, Micheál Martin. Putin habe mit seinem Vorgehen im Donbass nicht nur das Abkommen von Minsk gebrochen, sondern auch die UN-Charta, die die Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität von Staaten vorsehe.

Einer Meldung von dpa zufolge werde die zuständige Abteilung des Wirtschaftsministeriums eine neue Bewertung der Versorgungssicherheit unter Berücksichtigung dessen vornehmen,

"was sich in den vergangenen Tagen verändert hat", sagte der Bundeskanzler.

"In dieser Phase ist es jetzt wichtig, neben ersten Sanktionen eine weitere Eskalation und damit eine weitere Katastrophe zu verhindern. Darauf zielen alle unsere diplomatischen Anstrengungen."

Dem Vernehmen nach ließ Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) einen solchen Schritt bereits nach seinem Amtsantritt prüfen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6214cc13b480cc66a969fbd5.jpg>

de.rt.com: **LVR: OSZE-Mission bestätigt Verletzung des humanitären Rechts durch ukrainische Truppen**

Vertreter der Lugansker Volksrepublik werfen der Ukraine ständige Waffenstillstandsverletzungen im Donbass vor, was zur Evakuierung von Menschen nach Russland führt. Auch die OSZE liefert Hinweise auf den Beschuss der zivilen Infrastruktur in den beiden abtrünnigen Gebieten.

Die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Donbass hat bestätigt, dass die ukrainischen Streitkräfte durch den Beschuss von Wohnhäusern in der Region gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen haben, erklärte die Vertretung der Lugansker Volksrepublik (LVR) mit.

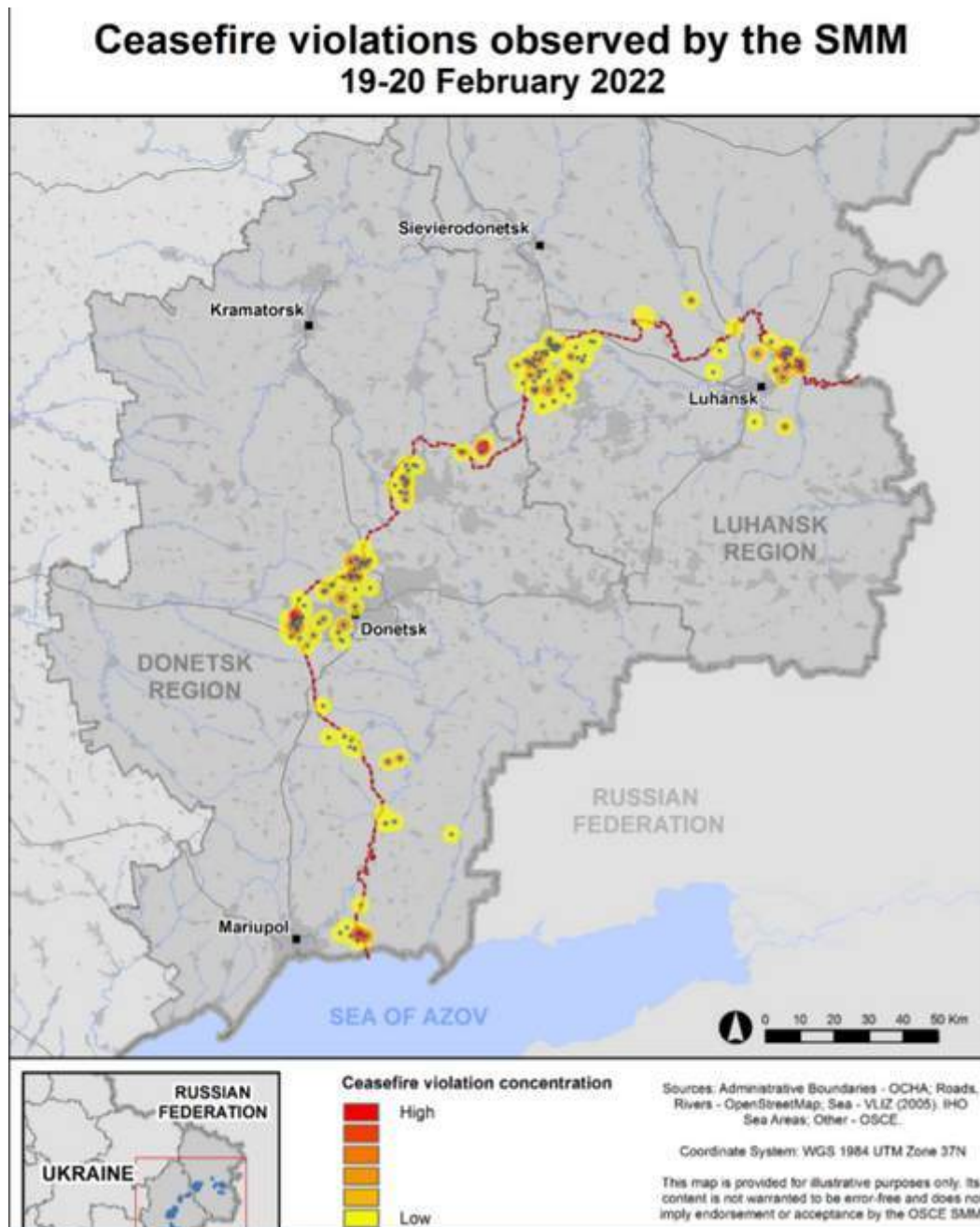
"In ihrem Bericht vom 21. Februar 2022 bestätigte die OSZE-Mission die Verletzung des humanitären Völkerrechts durch ukrainische Truppen und stellte Schäden an Wohngebäuden sowie schwere Schäden an den Produktionsstätten einer Ölwerkstatt fest, die durch den Beschuss der Siedlung Nikolajewka mit 122-mm-Artilleriegeschossen verursacht wurden", erklärte die LVR-Miliz.

In der Zwischenzeit bestätigte die Mission weitere Verletzungen des Waffenstillstands im Donezker Gebiet (ukrainisch sowie nicht-ukrainisch kontrolliertes Territorium):

"Im Gebiet Donezk registrierte die SMM zwischen den Abenden des 18. und 20. Februar 2.158 Waffenstillstandsverletzungen, darunter 1.100 Explosionen. Im vorangegangenen Berichtszeitraum wurden 591 Waffenstillstandsverletzungen in der Region registriert".

Im Gebiet Lugansk verzeichnete die Mission im gleichen Zeitraum 1.073 Verletzungen der Waffenruhe, darunter 926 Explosionen. Eine Karte zeigt, dass die Mehrheit der Beschüsse vor allem die beiden Volksrepubliken treffen.

Die Lage im Donbass ist nach wie vor angespannt, da die DVR und die LVR aufgrund der häufigen Angriffe der ukrainischen Streitkräfte Massenevakuierungen der Zivilbevölkerung durchführen. Nach einem jüngsten Appell der Oberhäupter der Volksrepubliken Donezk und Lugansk hat Russland beide als unabhängige Staaten anerkannt. Moskau ordnete die Entsendung einer Friedensmission in den Donbass an, um den Konflikt zu beenden, und forderte Kiew auf, die Feindseligkeiten in der Region "unverzüglich einzustellen".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/original/6214a49db480cc1c04663b15.PNG>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand um 14:00 am 22. Februar

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 23-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet. Davon 21 mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern und dabei 263 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR **mehr als 312 Artillerie-, Mörser- und sonstige Granaten** abgefeuert. Unter Beschuss gerieten 13 Ortschaften der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben drei Zivilisten. Zwei Soldaten der Volksmiliz wurden verletzt.**

Wir erhalten weiter Informationen über die **Verstärkung der Gruppierung der Luftabwehr des Gegners** in der Zone der Strafoperation.

Am 20. Februar wurde in den Gebieten von Mangusch, Nowoalexandrowka, Torezk,

Kramatorsk und Kamyschnoje Staniza-Luganskaja Bezirk die **Ankunft und Inbetriebnahme von fünf Raketenabwehrkomplexen „BUK-M1“** aus dem Bestand des 223.

Abwehrraketenregiments festgestellt, diese sind in der Lage, Flugzeuge in einer Höhe von bis zu 22km in einem Radius von mehr als 30 km anzugreifen. Dabei hat die Volksmiliz der DVR keine Flugzeuge, die in dieser Höhe fliegen.

Außerdem stellt unsere Aufklärung die Bewegung von Kolonnen von **Einheiten von ukrainischen Abwehrraketenregimentern fest, die mit Komplexen S-300 und BUK-M1** ausgestattet sind und die **Startpositionen in den Gebieten der internationalen Flughäfen von Kiew, Charkow und Tscherkassy eingenommen** haben. Wir schließen eine geplante Provokation gegen Passagierflugzeuge nicht aus.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung einer Reihe von Staaten, den Luftverkehr über dem Territorium der Ukraine einzustellen, vernünftig und vorausschauend, es hilft menschliche Opfer und die Wiederholung von Tragödien mit dem Absturz ziviler Flugzeuge zu verhindern.

Es sind **acht Panzer und fünf Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ von einem Übungsplatz im Gebiet von Ursuf in das Gebiet von Mariupol verlegt** worden, von wo aus die Raketenartillerie Feueraufgaben auf das Territorium der DVR ausführen kann.

Am 21. Februar wurde die Ankunft von rückwärtigen Einheiten der 95. und 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus den ständigen Stationierungspunkten an den Stationen Drushkowka, Pokrowsk, Wolnowacha und Satschatowka festgestellt. Alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die Waffen tragen können, werden in dem blutigen Gemetzel eingesetzt werden, ein großer Teil als Kanonenfutter zur Füllung der Sendungen westlicher Fernsehsender.

Für die organisierte **Arbeit ausländischer Medien in der OOS-Zone** ist eine **gemischte Gruppe für informationspsychologische Operationen** der ukrainischen Streitkräfte unter Leitung des stellvertretenden Leiters des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte Lawrus zuständig.

Derzeit arbeiten in der Zone der Besatzungskräfte **mehr als 150 Vertreter ausländischer Medien**, und nur ein Zehntel wird zur Berichterstattung über die Lage unmittelbar an der Kontaktlinie zugelassen.

Unzuverlässige Korrespondenten ausländischer Medien, die keine Akkreditierung erhalten haben, werden nicht in die OOS-Zone gelassen aufgrund der Befürchtung, dass sie die Konzentration von schwerer Technik aufnehmen, ukrainische Fakes über Folgen von Beschüssen von Seiten der Volksmiliz entlarven.

So betreute die Berichterstattung über die angebliche Beschädigung eines Kindergartens in Staniza Luganskaja Kapitänleutnant Natjagantschuk aus dem Bestand des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte, der Vertreter der OSZE und unzuverlässige Journalisten, die den inszenierten Charakter der Sache hätten entlarven können, nicht zuließ.

Am 20. Februar wurde **im Basislager „Sarmat“ in Gebiet von Kramatorsk die Ankunft einer Einheit des „Rechten Sektors“** mit Söldnern aus einer ausländischen privaten Militärkompanie mit einer Gesamtzahl von 300 Mann festgestellt. Die Söldner beteiligen sich schon an Kampfhandlungen und erfüllen Aufgaben der Diversion an einzelnen Frontabschnitten, unter anderem am 21. Februar, wo wegen einer erfolglosen Diversionsoperation fünf Diversanten dieser Einheit beim Versuch im Gebiet von Mitjakinskaja auf das Territorium der RF einzudringen, vernichtet wurden.

Die aggressiven Handlungen der militärisch politischen Führung der Ukraine finden unter der Bevölkerung des Landes keine Unterstützung, aus diesem Grund versuchen nicht nur Abgeordnete, sondern auch einfache Bürger das Land zu verlassen.

Um den Abfluss von Bevölkerung zu verhindern und das Personaldefizit bei den ukrainischen Streitkräften aufzufüllen billigte Selenskij im Bewusstsein der negativen Erfahrung der

fünften Mobilisierung der Jahre 2014-2015 am 14. Februar in einer geschlossenen Sitzung des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine eine Entscheidung über eine **verdeckte Mobilisierung von Soldaten der ersten Reserve, die zuvor Dienst in Aufklärungs- und Spezialeinheiten getan hatten.**

Kurzfristig werden diese Reservisten ohne Durchführung entsprechender medizinischer und psychologischer Untersuchungen wieder Waffen in die Hand nehmen und in Strafabteilungen in den Donbass geschickt werden.

Die Einheiten der Volksmilizen halten dem Ansturm des Gegners stand und lassen keine Verletzungen der territorialen Integrität der Republik und Verursachung von Leiden friedlicher Einwohner zu.

Der Feind wird zerschmettert werden, der Sieg wird unser sein!

snanews.de: **„Invasion in die Ukraine“ hat begonnen: London kündigt harte Sanktionen gegen Russland an**

Angesichts der Anerkennung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Moskau hat der britische Premier Boris Johnson versprochen, umgehend Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen. Dies berichtet der Sender Sky News am Dienstag.

Nach einer Sitzung des Sonderausschusses der Regierung am Dienstagmorgen versprach Johnson, ein Paket von Wirtschaftssanktionen gegen Russland umgehend einzuführen. „Es richtet sich nicht nur gegen Einrichtungen im Donbass, in Lugansk und Donezk, sondern auch gegen russische Wirtschaftsinteressen, und zwar so hart, wie wir können“, sagte er. „Ich fürchte, alles deutet darauf hin, dass Präsident Putin tatsächlich auf eine umfassende Invasion in der Ukraine zusteuert“, so der britische Premierminister weiter.

Dem russischen Staatschef warf Johnson vor, „Truppen in die Ukraine geschickt“, gegen das Internationales Recht verstoßen, die Minsker Abkommen missachtet und Budapester Memorandum gebrochen zu haben, das die Achtung der territorialen Integrität der Ukraine forderte.

Die neuen britischen Sanktionen sollen „diejenigen russischen Wirtschaftsinteressen treffen, die Russlands Kriegsmaschinerie in der Ostukraine unterstützt“ hätten. „Sie werden Russland sehr hart treffen, und im Falle einer Invasion werden wir noch viel mehr tun“, fügte er hinzu. Gleichzeitig brachte er auch seine Hoffnung zum Ausdruck, dass es noch einen diplomatischen Ausweg aus der Krise geben könnte. „Es wird natürlich Druck für weitere Gespräche und Verhandlungen geben“, sagte er und fügte hinzu:

„Das Vereinigte Königreich wird sich aktiv auf allen Ebenen der Diplomatie engagieren, um zu versuchen, einen anderen Weg als den der Gewalt zu finden, den Präsident Putin vorzuschlagen scheint.“

Zuvor hatte der britische Gesundheitsminister Sajid Javid in einem Gespräch mit Sky News verkündet, die Invasion in die Ukraine habe „begonnen“. Er warf Russland und dessen Staatschef Wladimir Putin vor, beschlossen zu haben, „die Souveränität der Ukraine und ihre territoriale Integrität anzugreifen“, und die in der Ukraine verbliebenen britischen Staatsbürger aufgefordert, das Land zu verlassen.

Telefonat mit Selenski: Johnson verspricht Verteidigungshilfe für Ukraine

Zuvor hatte die britische Regierung bekannt gegeben, dass Premierminister Boris Johnson am Montagabend ein Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski geführt hat, um die sich verschlechternde Situation in der und um die Ukraine zu besprechen. Der Premierminister habe seine große Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in der Region geäußert und dem Präsident Selenski mitgeteilt, dass er „eine Invasion in den kommenden Stunden und Tagen für sehr wahrscheinlich“ halte.

Johnson habe die Entscheidung des Kreml, die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk als unabhängige Staaten anzuerkennen, auf das Schärfste verurteilt. Der Schritt

mache die Minsker Vereinbarungen und den Minsker Prozess unausführbar.

Zudem habe der britische Premier angekündigt, das Vereinigte Königreich arbeite bereits mit seinen Partnern in dieser Angelegenheit zusammen und werde das Thema in den kommenden Tagen im UN-Sicherheitsrat und in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Sprache bringen.

Großbritannien habe bereits Sanktionen gegen diejenigen ausgearbeitet, die an der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine beteiligt seien, teilte Johnson mit. Die Strafmaßnahmen sollten am nächsten Tag in Kraft treten. Zudem habe der Premierminister versprochen, auf Anfrage der Regierung in Kiew die Entsendung weiterer Verteidigungshilfe in die Ukraine zu prüfen werde. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0a/5312057_0:256:3073:1985_1920x0_80_0_0_dbdcd10c083cd6078f40706d2243556d.jpg

novorosinform.org: Ukrainische Radikale und ausländische Söldner sind in Donbass angekommen – Basurin

Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, sagte, dass sich die Streitkräfte der Ukraine auf eine Offensive gegen die Volksrepubliken vorbereiten. Laut "Donbass entscheidet" kamen unter Berufung auf die Aussage von Eduard Basurin Kämpfer der ukrainischen radikalen nationalistischen Formationen in Donbass an. Die Volksmiliz der DVR berichtet auch über das Eintreffen ausländischer Söldner in der Konfliktzone.

Die Volksmiliz gehe davon aus, dass Kiew alle seine kampfbereiten Kräfte sammelt und sich darauf vorbereitet, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzugreifen.



https://novorosinform.org/content/images/96/08/39608_720x405.jpg

snanews.de: **Russischer Föderationsrat ratifiziert Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit DVR und LVR**

Der russische Föderationsrat (Oberhaus des russischen Parlaments) hat in einer Sitzung am Dienstag Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk einstimmig ratifiziert.

Die Verträge sollen für einen Zeitraum von zehn Jahren mit automatischer Verlängerung um jeweils fünf Jahre abgeschlossen werden.

Gemäß diesen Verträgen wird der Grenzschutz in den Republiken durch gemeinsame Anstrengungen der Seiten auf der Grundlage der Interessen ihrer eigenen Sicherheit sowie des Friedens und der Stabilität durchgeführt.

Weiter im Vertragstext: „Russland und die beiden Republiken werden beim Schutz der Souveränität und Sicherheit eng zusammenarbeiten. Sollte nach Ansicht einer der Vertragsseiten ein Angriff gegen sie drohen, werden die Seiten unverzüglich beraten, um eine gemeinsame Verteidigung, Friedenssicherung und gegenseitige Sicherheit zu gewährleisten. Die Seiten werden gemeinsam alle verfügbaren Maßnahmen ergreifen, um die Bedrohung des Friedens zu beseitigen und Angriffshandlungen gegen sie entgegenzuwirken. Darüber hinaus geben die Vertragsentwürfe den Seiten das Recht, die militärische Infrastruktur und Militärbasen voneinander zu nutzen.“

Die Entwürfe der beiden Dokumente mit der DVR und der LVR sehen vor, dass die Seiten die Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen voneinander bestätigen und respektieren.

Außerdem wird Russland wirksame Maßnahmen ergreifen, um das Finanz- und Bankensystem der Volksrepubliken zu unterstützen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0f/4695821_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_4e9904167e5b8b00755345bfc402d1e0.jpg

novorosinform.org: **Kiew beruft seinen Diplomaten aus Russland ab**

Das ukrainische Außenministerium beschloss, nach der Anerkennung der Volksrepubliken durch Moskau seinen Geschäftsträger in der Russischen Föderation Wassili Pokotilo zu Konsultationen zu rufen.

Die Führung des Außenministeriums hält das Vorgehen Russlands für rechtswidrig, in dessen Zusammenhang sie beschlossen hat, ihren Diplomaten zu Konsultationen zurückzurufen. Dies wurde heute im Pressedienst des Fachbereichs bekannt gegeben.

„Im Zusammenhang mit der Annahme rechtswidriger Entscheidungen durch die Führung der Russischen Föderation zur Anerkennung der ‚Unabhängigkeit‘ der von ihr geschaffenen Quasi-Einheiten in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine – der sogenannten ‚Volksrepublik Lugansk‘ und der ‚Volksrepublik Donezk‘ wurde Wassili Pokotilo, Geschäftsträger der Ukraine in der Russischen Föderation, zu Konsultationen in die Ukraine gerufen.“

Diese Maßnahme findet vor dem Hintergrund von Forderungen an die derzeitigen Kiewer Behörden statt, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abubrechen.



https://novorosinform.org/content/images/96/12/39612_720x405.jpg

rusvesna.su: **"Wiederherstellung der Gerechtigkeit": Puschilin über die Anerkennung der Unabhängigkeit der DVR und LVR**

Am Dienstag, dem 22. Februar, teilte das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, die Einzelheiten der Anerkennung der Republiken Donbass mit und sprach in der Sendung ‚Solowiew Live‘ über die Prozesse, die derzeit in der DVR stattfinden.

Über die Kommunikation mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin

„Einfache menschliche Unterstützung für die Republiken, persönlich. Die Beteiligung an allen Prozessen war hinter den Kulissen zu spüren. Das kann einem Russen nicht genommen werden: Mitgefühl, Empathie und die Notwendigkeit, mitverantwortlich zu sein, damit die Gerechtigkeit wiederhergestellt wird.

Was den Donbass jetzt betrifft, ja, das ist die Wiederherstellung der Gerechtigkeit. Genau so nehmen wir es alle wahr, die Einwohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.“

Über die militärischen Ambitionen der Ukraine

„Kiew hat sich vorbereitet und bereitet sich vor. Leider habe ich immer noch keine Informationen darüber, dass Kiew seine Meinung über den Angriff geändert, seine Meinung über die gewaltsame Lösung des Konflikts geändert hätte.“

Zur Evakuierung der Zivilbevölkerung in der Russischen Föderation

„Ungefähr 30 [russische] Regionen haben sich mit dem Angebot gemeldet, diejenigen aufzunehmen, die vor dem Krieg fliehen und die wir evakuieren. Und ich möchte Ihnen sagen, dass die beteiligten Regionen jetzt mit größtem Verständnis behandeln, dass es sich tatsächlich um dasselbe russische Volk handelt.

Hundert Prozent der Menschen werden auf höchster Ebene in den Regionen willkommen geheißen, und [die Leiter dieser Regionen] wachen persönlich darüber, dass die Menschen alles Notwendige haben.

Das ist für uns sehr wertvoll, und dafür sind wir dankbar – uneingeschränkt und absolut. Das ist die Unterstützung, die wir brauchten, und die Anerkennung, die wir brauchten.

Wer geht dorthin? Es kommen die Familien unserer Militärangehörigen, die schon vorher oder jetzt im Rahmen der Mobilmachung zur Waffe gegriffen haben. Sie sollten sich um ihre Familien keine Sorgen machen müssen, um ihre Frauen, ihre Kinder, ihre Mütter. Und es ist wichtig, dass Russland so reagiert.“

Über das Wesen des Freundschafts- und Beistandsvertrages mit Russland

„Genau, und das haben wir mit meinem Kollegen Leonid Iwanowitsch (Leonid Pasetschnik, Chef der LVR, Anm. d. Red.) besprochen: Wenn wir einen Kooperationsvertrag abschließen, dann gibt es einen notwendigen Punkt – das ist die Verteidigung.

Aber es geht um die Verteidigung unter den gegenwärtigen Bedingungen, unter

Berücksichtigung dessen, was jetzt passiert, nicht nur auf den von der Ukraine kontrollierten Territorien der DVR und LVR, sondern auch in anderen ursprünglich russischen Regionen.

Zur Reaktion der Ukraine

„Sie wissen, dass sie hysterisch sind. Ja, eine ziemlich unerwartete Entscheidung sowohl für das Kiewer Regime selbst als auch für diejenigen, die dahinter stehen. Wir haben die Aufregung gesehen.

Das ist ein Schritt, von dem sie dachten, dass Russland ihn jetzt nicht gehen würde. Er überraschte sie. Das weiß ich genau.“

Über die Mobilmachung

„Die Mobilmachung geht ziemlich ernsthaft voran . Unsere heilige Pflicht ist es jetzt, mit Waffen in der Hand zu verteidigen, was uns wertvoll ist und was wir seit 2014 verteidigen.

Darüber, was auf die Ratifizierung der Verträge durch die Parlamente der Volksrepubliken und der Russischen Föderation folgen wird

„Als nächstes sollten diplomatische Beziehungen aufgebaut werden, dies und eine Reihe anderer Interaktionen zwischen den zuständigen Behörden und Ministerien. Was in dieser ganzen Zeit gefehlt hat, was gehindert hat, uns voll zu entfalten.

Und jetzt wird alles anders laufen, basierend auf der Notwendigkeit, das Wohlergehen unserer Bürger zu gewährleisten. Erstens, Sicherheit, wir werden den Krieg beenden, und dann werden wir die nationale Wirtschaft wiederherstellen.“

Über die Hoffnung auf eine bessere Zukunft

„Nicht nur Hoffnung, sondern fast Gewissheit.“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_pushilin_8.jpg

rusvesna.su: Putin reagiert auf Äußerungen über Russlands imperiale Ambitionen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat auf die heute gegen Russland erhobenen Vorwürfe imperialer Ambitionen reagiert.

Während des offenen Teils des Treffens mit seinem aserbaidshanischen Amtskollegen Ilham Aliyev sagte Putin, er werde die Gelegenheit nutzen und "informieren, was bei uns in ukrainischer Richtung passiert".

„Sie wissen, dass Russland gestern beschlossen hat, die Souveränität der beiden Volksrepubliken Donbass anzuerkennen.

Ich möchte gleich sagen, dass wir Spekulationen zu diesem Thema sehen, zu dem Thema, dass Russland das Imperium innerhalb der alten imperialen Grenzen wiederherstellen wolle. Das stimmt absolut nicht.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Russland alle neuen geopolitischen Realitäten anerkannt und arbeitet aktiv daran, unsere Interaktion mit allen unabhängigen Ländern zu stärken, die im postsowjetischen Raum entstanden sind. Auch in sehr akuten Situationen, wie der Berg-Karabach-Regelung, haben wir immer sehr vorsichtig gehandelt und sind dabei von den Interessen aller an diesem Prozess beteiligten Staaten ausgegangen. Wir haben immer versucht, für alle Seiten akzeptable Lösungen zu finden“, erinnerte sich der russische Staatschef.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_2_0.jpg

novorosinform.org: Das russische Außenministerium bestritt die Präsenz der russischen Armee im Donbass

Der stellvertretende Außenminister Russlands, Andrej Rudenko, stellte fest, dass Russland bereit sei, der LDVR im Falle einer Bedrohung der Volksrepubliken Hilfe zu leisten.

Andrej Rudenko erklärte, dass Russland seine Truppen noch nicht auf das Territorium von Donbass geschickt habe. Er nannte alle Gerüchte über den Einmarsch der russischen Streitkräfte in das Gebiet der Volksrepubliken Lugansk und Donezk falsch. Das berichtet die Publikation „Strana.ua“.

Der stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation wies auch auf die Bereitschaft Russlands hin, den anerkannten Republiken des Donbass jede erdenkliche Hilfe zu leisten.

„Russland ist bereit, der DVR und der LVR" Hilfe zu leisten, aber bislang hat es seine Truppen nirgendwohin geschickt“, sagte Andrej Rudenko.



https://novorosinform.org/content/images/96/19/39619_720x405.jpg

novorosinform.org: **Selenskij: Ukrainische Truppen bleiben im Donbass**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte, Kiew weigere sich, den Antrag der Führer der LDVR auf Abzug von Truppen aus den vorübergehend von den Streitkräften der Ukraine besetzten Gebieten des Donbass zu prüfen.

Bei einem gemeinsamen Briefing mit seinem estnischen Kollegen Alar Karis gab Selenskij vor, das Gesagte nicht zu „verstehen“.

"Wer hat angefragt? Wir kommunizieren nicht mit ihnen. Wir verstehen nicht, wer das ist", zitiert RBC den ukrainischen Präsidenten.

Ihm zufolge ist die Anerkennung der Donbass-Republiken durch Moskau die rechtliche Grundlage für die "russische Aggression". Daher könne im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten auf dem Territorium des ukrainischen Staates das Kriegsrecht eingeführt werden, stellte Selenskij fest.

Aber er betonte, er habe Hoffnung, dass die Ukrainer nicht mit Russland kämpfen müssten. Zuvor wurde berichtet, dass der russische Staatschef Wladimir Putin während seiner Videobotschaft an die Bürger der Russischen Föderation am 21. Februar Dekrete zur Anerkennung des unabhängigen Status der DVR und der LVR sowie ein Freundschaftsabkommen unterzeichnet habe. Kiew wiederum weigerte sich, die Entscheidung des Kremls und die Unabhängigkeit der Republiken anzuerkennen.



https://novorosinform.org/content/images/96/21/39621_720x405.jpg

de.rt.com: **"Gemeinsame Verteidigung" – Aus den Verträgen mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk**

Moskau hat Inhalte der Freundschaftsverträge zwischen Russland und den Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) öffentlich gemacht. Sie umfassen eine gemeinsame Verteidigung gegen externe Aggression und das Recht, die Militärinfrastruktur des jeweils anderen zu nutzen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten anerkannt und zusammen mit den Chefs der DVR und LVR, Denis Puschilin und Leonid Passetschnik, entsprechende Dekrete unterzeichnet. Bereits vergangene Woche hatte die russische Staatsduma mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt, den Kreml zur Anerkennung der Donbass-Republiken aufzufordern. In der Nacht zum Dienstag wurden die Inhalte der Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Russischen Föderation und den beiden Volksrepubliken auf der Webseite der Staatsduma publik gemacht. Sie sind inzwischen ratifiziert und sollen zunächst über zehn Jahre Bestand haben, mit der Möglichkeit einer automatischen Verlängerung. Die Vereinbarungen umfassen wichtige Punkte, die die künftige Zusammenarbeit der Vertragsparteien regeln sollen. So räumt ihnen Artikel 5 das Recht ein, "militärische Infrastruktur und Stützpunkte auf dem Territorium des jeweils anderen Partners zu errichten,

zu nutzen und auszubauen". Der Kreml hatte zuvor bereits Friedenstruppen aus Russland in die beiden Volksrepubliken entsandt, bis ein formeller Vertrag über die militärische Zusammenarbeit vorliegt.

Artikel 6 verbietet es den Unterzeichnern, "jeglichen Blöcken oder Bündnissen beizutreten, die gegen einen von ihnen ausgerichtet sind". Außerdem schreibt die Klausel vor, dass jeder Vertragspartner dafür sorgen muss, dass sein Territorium nicht dafür genutzt wird, um von dort aus Angriffe gegen den jeweils anderen zu führen.

Artikel 11 sieht die Freizügigkeit der Bürger der Vertragsstaaten innerhalb deren Hoheitsgebiete vor und verpflichtet sowohl Russland als auch die DVR und LVR, "ein vereinbartes Maßnahmenpaket zur Regelung der Ein- und Ausreise von Bürgern aus Drittstaaten in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet zu entwickeln und umzusetzen".

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien außerdem, den "Schutz der ethnischen, sprachlichen, kulturellen und religiösen Identität nationaler Minderheiten zu gewährleisten und Bedingungen zu schaffen, um diese Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln". Gleichzeitig obliegt es den Unterzeichnern, die individuellen und kollektiven Rechte von Minderheiten zu garantieren, ohne dass sie gegen ihren Willen Assimilierungsversuchen ausgesetzt werden.

Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk im östlichen Donbass haben im Jahr 2014 ihre Unabhängigkeit von der Ukraine erklärt, nachdem von den USA unterstützte Nationalisten die demokratisch gewählte Regierung in Kiew gestürzt hatten. Sie ersuchten damals um eine Anerkennung durch Russland, doch Moskau lehnte ab und bestand darauf, dass der Konflikt eine innerukrainische Angelegenheit sei.

Russland hatte daraufhin zusammen mit Frankreich und Deutschland das sogenannte Normandie-Format ins Leben gerufen, um im Rahmen der Kontaktgruppe einen Waffenstillstand zwischen Kiew und den abtrünnigen Volksrepubliken zu vermitteln. Zum wichtigen Meilenstein im Verhandlungsprozess wurde die Unterzeichnung der Minsker Abkommen im Februar 2015, in denen die Grundprinzipien zur Umsetzung des Friedensplans verankert wurden.

Die Vereinbarungen sahen unter anderem vor, dass die Ukraine den beiden Donbass-Regionen weitgehende Autonomie gewährt und deren Sonderstatus in ihrem Grundgesetz festschreibt. Seitdem hat sich Kiew jedoch wiederholt geweigert, diesen Verpflichtungen nachzukommen. In seiner Ansprache an die Nation am Montagabend fasste der russische Staatschef Wladimir Putin diese Entwicklung zusammen und kündigte die Anerkennung der Souveränität der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an. Die Maßnahme bezeichnete er als "längst überfällig".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6214b3eab480cc131d3e1c9e.jpg>

rusvesna.su: **Hölle bei Luhansk: Heizkraftwerk in Stschastje brennt, schwerer Beschuss ist im Gange**

In Stschastje, einer Stadt in der Nähe von Lugansk, die von Kiew besetzt ist, finden jetzt erbitterte Kämpfe statt. Anwohner schreiben darüber und geben an, dass ständig Granaten fliegen. Im Heizkraftwerk wurde ein weiterer Brand registriert.

Laut dem Korrespondenten von "Russkaja Wesna" sind Geschütze in dieser Richtung selbst in Lugansk deutlich zu hören. Das Donnern an der Front hört praktisch nicht den ganzen Tag auf.

Nach Angaben des Pressedienstes des staatlichen Notdienstes wurde das besetzte Gebiet der LVR durch eine Granate, die den Transformator des Umspannwerks Stschastje traf, erneut stromlos gemacht.

„Am 22. Februar um 12:34 Uhr traf in der Stadt Stschastje ein Projektil einen Transformator auf dem Gelände eines Heizkraftwerks, gefolgt von einem Brand, dem Auslaufen von Öl und einem Feuer, das sich auf einen benachbarten Transformator ausbreitete.“ hieß es in der Mitteilung.

Es wird angegeben, dass Feuerwehr- und Rettungseinheiten und 12 Einheiten mit Spezialausrüstung zum Brandort fahren, sich jedoch in Erwartung eines Waffenstillstands auf den Eingang zur Stadt konzentrierten.

Die Informationen über den Strommangel in der Stadt selbst wurden vom Leiter der Berufsverwaltung von Stschastje, Sergei Gaidai, bestätigt.

Am Vorabend wurde berichtet, dass infolge eines Granatentreffers ein Feuer in der Nähe eines Lagers für Kraftstoffe und Schmiermittel auf dem Territorium ausgebrochen sei. In diesem Zusammenhang arbeitete zunächst nur ein Block mit einer Leistung von 130 MW im Kraftwerk, das dann auch wegen der Unterbrechung der von Kiew kontrollierten Stromleitung von Lisitschansk vom Netz genommen wurde.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_binokl_artilleriya.jpg

rusvesna.su: **Willkommen in der neuen Welt: Medwedew prognostizierte Rekordgaspreise für Europa**

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, kommentierte die Erklärung Deutschlands, die Zertifizierung der Gaspipeline Nord Stream 2 zu stoppen.

Auf seiner Seite im sozialen Netzwerk prognostizierte er einen Rekordanstieg der Gaspreise für Europa.

"Nun: Willkommen in der neuen Welt, in der die Europäer bald 2.000 Euro für tausend Kubikmeter Gas zahlen werden!", erklärte Medwedew.

Wie bereits berichtet, hat das Bundeswirtschaftsministerium heute das Verfahren zur Zertifizierung der russischen Gaspipeline Nord Stream 2 ausgesetzt. Der Minister hat eine entsprechende Anweisung an die deutsche Regulierungsbehörde geschickt. Bundeskanzler Olaf Scholz gab eine offizielle Erklärung ab.

Am Tag zuvor hatte Dmitri Medwedew während einer Sondersitzung des Sicherheitsrates in seiner Rede betont, dass es nach der Anerkennung der Republiken Donbass einen beispiellosen Druck geben werde, aber Russland darauf vorbereitet sei.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/medvedev_35.jpg

deu.belta.by: **Belarus nimmt Entscheidung Russlands über Anerkennung der Volksrepubliken mit Respekt und Verständnis wahr**

Belarus nimmt die Entscheidung Russlands über die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit Respekt und Verständnis wahr. Das geht aus einer Erklärung des belarussischen Außenministeriums im Zusammenhang mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk hervor.

Belarus habe wiederholt auf die Gefahr hingewiesen, dass einige EU-Politiker und Staatsführer ein rücksichtsloses Verhalten an den Tag legten. Es handele sich um Staaten, die in den letzten Jahren immer öfter unverhohlenen Druck und Drohungen als Mittel zur Lösung ihrer eigenen und internationaler Probleme bevorzugt hätten.

„Die Berücksichtigung der Interessen anderer Akteure des politischen Geschehens wurde fast allenthalben durch einseitige restriktive Maßnahmen, hybride Einflussnahme und aggressive Rhetorik ersetzt“, heißt es in der Erklärung. „Das führte direkt zu einer raschen Eskalation der Spannungen in der osteuropäischen Region und Degradierung des internationalen Sicherheitssystems, zur Diskreditierung und Nivellierung der Autorität von UNO und OSZE, die als wichtigste Quellen für Frieden und Sicherheit angesehen wurden. Das führte außerdem zur Entwertung internationaler Verträge und Vereinbarungen und zum Verzicht auf unmittelbare Verpflichtungen aus diesen Verträgen. Die mit Füßen getretenen Garantien des Vereinigten Königreichs und der USA für Belarus im Rahmen des Budapester Memorandums sind ein beredtes Beispiel dafür.“

„In einer solchen Situation respektieren und verstehen wir die Entscheidung der russischen Staatsführung, die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen“, betonte das Außenministerium.

Nach Ansicht der belarussischen Seite hat dieser Schritt Russlands nicht nur eine politische, sondern auch eine seriöse menschliche und humanitäre Dimension, wenn man bedenkt, wie

viele russische Bürger in diesen Gebieten leben und seit fast acht Jahren unter Entbehrungen leiden. „In Belarus weiß man besser denn je, welche Schrecken der Krieg mit sich bringt. Der Wunsch nach Frieden und Harmonie ist in unserem genetischen Code verankert“, erklärte das Außenministerium.

Aus der Erklärung geht hervor, dass Belarus stets aktiv und konsequent eine friedliche Beilegung des Konflikts im Südosten der Ukraine unterstützt hat: „Wir betrachten die diplomatischen Bemühungen nach wie vor als vorrangig und sind bereit, auf jede erdenkliche Weise zu diesem Prozess beizutragen. Wir begrüßen die Erklärungen Russlands, auf diplomatische Mittel zu setzen. Die Verhandlungen sind der einzig richtige Weg, um ein Blutvergießen zwischen den brüderlichen slawischen Völkern zu verhindern. Wir fordern alle Seiten auf, von einer militärischen Eskalation und anderen Aktionen abzusehen, die den Weg zum Frieden versperren.“

Darüber hinaus erinnerte das Außenministerium an die besondere Verantwortung der USA und der Europäischen Union bei der Eskalation der Situation in der Region. „Man sollte aufhören, Gewalt zu provozieren, die Ukraine und die baltischen Staaten mit Truppen und Waffen vollzupumpen und illegale Sanktionen zu verhängen“, ist das Außenministerium überzeugt.

„Belarus baut ihr weiteres Vorgehen auf den Prinzipien einer gewissenhaften Erfüllung der internationalen Verpflichtungen durch alle Parteien auf, strebt die strategische Allianz mit dem brüderlichen Russland an und will die weitere Entwicklung der Situation berücksichtigen“, heißt es in der Erklärung des Außenministeriums.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645540749_59900_big.jpg

snanews.de: **Nach Donbass-Anerkennung: London verhängt Sanktionen gegen Moskau – Botschafter einbestellt**

Angeichts der Anerkennung der Unabhängigkeit der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hat Großbritannien laut Premierminister Boris Johnson Sanktionen gegen fünf russische Banken und drei vermögende Geschäftsleute aus Russland verhängt.

Betroffen seien Kreditanstalten wie die IS Bank, die General Bank, die Bank Rossija, die Promswjasbank und die Schwarzmeer-Bank, teilte Johnson am Dienstag bei einem Auftritt im britischen Parlament mit. Bei den Privatpersonen handle es sich um Gennadi Timtschenko und die Brüder Boris und Igor Rotenberg.

Die Vermögenswerte der sanktionierten Personen in Großbritannien würden eingefroren, die Einreise in das Vereinigte Königreich werde für die betroffenen Personen unterbunden. Britische Firmen und Privatpersonen dürften keine Geschäfte mehr mit ihnen abwickeln. Bei den Strafmaßnahmen handle es sich vorerst um die erste Tranche an Sanktionen, betonte

Johnson.

Einbestellung des russischen Botschafters in Großbritannien

Das britische Außenministerium hat am Dienstag den russischen Botschafter in London, Andrej Kelin, einbestellt.

„Der Botschafter wurde ins Foreign Office einbestellt, um die Situation um die Ukraine zu besprechen, und ist bereits zurückgekehrt“, teilte ein Sprecher der russischen Botschaft im Vereinigten Königreich gegenüber SNA mit.

Auch die britische Außenministerin, Liz Truss, hat in einer Twitter-Mitteilung angekündigt, den Permanent Under Secretary (den ranghöchsten Beamten der Behörde – Anm. d. Red.) angewiesen, den russischen Botschafter einbestellen zu lassen, damit er „die Verletzung des Völkerrechts durch Russland und die Missachtung der Souveränität der Ukraine“ erkläre. ...



https://cdn1.snaneews.de/img/07e6/01/17/5107182_0:139:3149:1910_1920x0_80_0_0_8df1fd826f96a058d61f2c7a62865e2a.jpg

US-Spezialeinheiten verließen die Ukraine – CNN

US-Spezialeinheiten verließen die Ukraine, nachdem sie US-Diplomaten nach Polen eskortiert hatten, sagte CNN-Korrespondentin Natasha Bertrand auf Twitter.

Zuvor hatte CNN unter Berufung auf seine Quellen bereits berichtet, dass US-Diplomaten, die aus der Ukraine nach Polen gebracht wurden, nach Lwow zurückzukehren begannen, teilt RIA Novosti mit.

„US Special Forces haben die Ukraine verlassen ... Ihre letzte Mission bestand darin, gestern Abend US-Botschaftspersonal nach Polen zu eskortieren“, schrieb Bertrand.

Gleichzeitig verwies sie auf ihre Quelle und einen Vertreter des US-Europakommandos.



https://novorosinform.org/content/images/96/31/39631_720x405.jpg

novorosinform.org: **Der Kreml reagierte auf das Einfrieren von "Nord Stream 2"**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow bedauerte die Information über die Aussetzung der Zertifizierung der Gaspipeline Nord Stream 2.

Die deutsche Außenministerin Annalena Burbock kündigte am Dienstag, den 22. Februar, das Einfrieren des Projekts an und stellte fest, dass dieser Schritt als Maßnahme angekündigt wurde, falls Russland Schritte in die ukrainische Richtung unternimmt. Als Antwort sagte Dmitri Peskow, dass die von Deutschland getroffene Entscheidung alle Parteien des Abkommens betreffen würde, berichtet TASS.

„Dies ist ein rein wirtschaftliches, kommerzielles Projekt, das neben dem gegenseitigen Nutzen auch zu einem stabilisierenden Element für den Gasmarkt in Europa werden soll, und sowohl Lieferanten als auch Empfänger unseres Gases, in erster Linie Deutschland und andere europäische Länder, sind daran interessiert“, sagte er.

Peskow sagte, Russland rechne damit, dass es sich nur um eine vorübergehende Aussetzung aufgrund bestehender politischer Differenzen handele.

"Dies ist ein rein kommerzielles Projekt", schloss Peskow.



https://novorosinform.org/content/images/96/37/39637_720x405.jpg

deu.belta.by: **Lukaschenko wendet sich an die ukrainische Staatsführung und das Volk**

Die slawischen Völker sollen in Frieden und Harmonie leben. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute in einer Feierstunde zum Tag des Verteidigers des Vaterlandes und der belarussischen Streitkräfte.

„Ihr kennt meine Haltung: Wir haben immer Frieden angeboten. Und von dieser hohen Tribüne aus möchte ich mich in dieser schwierigen Zeit (nach dem Treffen mit dem russischen Präsidenten) noch einmal an das ukrainische Volk und die Staatsführung wenden, solange sie noch keine rote Linie überschritten haben: Lassen Sie uns, Slawen, immer in Frieden und Eintracht leben“, sagte Alexander Lukaschenko.

„Alles hat ein Ende: nicht nur Konfrontationen und Konflikte, sondern auch die schlimmsten Kriege. Alles wird vergessen. Was nach diesen Konflikten bleibt, sind die Narben am Herzen unserer slawischen Völker. Wie tief diese Narben sein, werden, weiß man nicht. Deshalb schlage ich noch einmal vor: Haltet ein, pfeift auf diese Auftraggeber aus Übersee. Sie werden Euch kein Glück bringen. Werdet Ihr missliebiger, werden sie Euch auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Unser Weg ist der Weg des Friedens und der Harmonie“, betonte der Präsident.

Alexander Lukaschenko warnte: „Wir werden die anderen niemals verraten. Wer Russen mit unseren Händen in den Rücken schießen will, wird keinen Erfolg haben. Ich sage es erneut: Beruhigt euch, besinnt euch und trifft die richtige Entscheidung im Interesse der Völker. Kein Volk will heute in den Krieg ziehen, um dort zu sterben. Niemand will sterben. Niemand will einen Krieg. Unsere Völker wollen leben wie alle anderen.“

„Das ist unsere Position, sie bleibt unerschütterlich. Ich sage es ganz offen. Aber ich möchte noch einmal betonen: keine Panik, keinen Wahnsinn. Wir werden so leben, wie wir immer gelebt haben“, sagte der belarussische Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1645545699_59903_big.jpg

snanews.de: **Russischer Föderationsrat stimmt Einsatz der russischen Streitkräfte im Ausland zu**

Der russische Föderationsrat (Oberhaus des russischen Parlaments) hat in einer Sitzung am Dienstag Russlands Präsident, Wladimir Putin, seine Zustimmung zum Einsatz der russischen Streitkräfte im Ausland gegeben. Laut der Vorsitzenden des Föderationsrates, Walentina Matwijenko, wird es sich dabei um Friedenstruppen handeln.

Alle 153 Senatoren stimmten für die Entscheidung. Der Kremlchef bestimme die Zahl der Soldaten und die Dauer der Stationierung im Ausland, hieß es.

Zuvor hatte sich Putin an den Föderationsrat mit einem Antrag gewandt, "über den Einsatz russischer Streitkräfte außerhalb des Gebietes der Russischen Föderation" zu beraten, wie die Vorsitzende Valentina Matwijenko sagte.

Mit Blick auf die von Moskau anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk sagte Russlands Vize-Verteidigungsminister Nikolai Pankow während der Sitzung: "Wir müssen die Bürger dieser jungen Staaten beschützen." Zudem warf er der Ukraine vor, rund 60.000 Soldaten an der Kontaktlinie zu den Separatistengebieten zusammen gezogen zu haben.

Russland erkennt Unabhängigkeit von Donezk und Lugansk an

Vorige Woche war die Lage in der ostukrainischen Region Donbass eskaliert, als die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk verstärkten Beschuss mit schwerer Munition seitens ukrainischer Streitkräfte gemeldet hatten. Beide Republiken befürchten eine Invasion ukrainischer Truppen und lassen daher Frauen und Kinder nach Russland evakuieren.

Am Montagabend hat Präsident Putin in einer Videoansprache an die Bürger von Russland die Entscheidung bekannt gegeben, Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten anzuerkennen. Danach wurden im Kreml im Beisein der Republikchefs ein entsprechendes Dekret unterzeichnet sowie mit beiden Republiken Verträge über gegenseitige Freundschaft und Unterstützung geschlossen.

Kurz danach hat Putin die Entsendung von Truppen nach Lugansk und Donezk angeordnet. Die Einheiten sollen dort laut dem unterzeichneten Dekret „für die Aufrechterhaltung des Friedens sorgen“. Viele westliche Länder haben die Entscheidung des russischen Präsidenten scharf verurteilt und wollen nun Russland mit Sanktionen belegen.

Am Dienstag hat das Oberhaus des russischen Parlaments, der russische Föderationsrat, in

einer Sitzung Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk einstimmig ratifiziert. Die Entwürfe der beiden Dokumente sehen vor, dass die Seiten die Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen voneinander bestätigen und respektieren. Außerdem wird Russland wirksame Maßnahmen ergreifen, um das Finanz- und Bankensystem der Volksrepubliken zu unterstützen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/19/5122254_0:141:3143:1908_1920x0_80_0_0_3b5086e8a1b7fa8ab6ccb53123a63452.jpg

abends:

novorosinform.org: In Donezk wurde ein Attentat auf Ex-Verteidigungsminister Kononow verübt

Durch die Explosion wurde ein Zivilist schwer verletzt.

Am Dienstag, dem 22. Februar, um 16:32 Uhr ereignete sich im Bezirk Kalininskij von Donezk eine Explosion. Ziel der Explosion war es, den ehemaligen Leiter des Verteidigungsministeriums Wladimir Kononow zu töten, berichtet der Pressedienst des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR.

„Heute, am 22. Februar um 16.32 Uhr, wurde in der Nähe der Kreuzung der Straßen Lasarenko und Zusimskaja versucht, einen Terroranschlag gegen den ehemaligen Verteidigungsminister der DVR Wladimir Kononow zu verüben“, heißt es in dem Bericht. Infolge der explosion erlitt Explosion ein Anwohner, der sich mit Kononow treffen wollte, eine Detonationsverletzung.

Zu dem Vorfall wurde ein Strafverfahren eingeleitet, die Ermittlungen dauern an.



https://novorosinform.org/content/images/96/45/39645_720x405.jpg

de.rt.com: **Deutsche Botschafterin in Kiew: "Budapester Memorandum nicht rechtsverbindlich"**

Die deutsche Botschafterin in der Ukraine, Anka Feldhusen, sieht das in den 1990er Jahren unterzeichnete Abkommen über den Verzicht auf Atomwaffen von drei ehemaligen Sowjetrepubliken, darunter die Ukraine, als nicht rechtsverbindlich an.

Ein in den 1990er Jahren unterzeichnetes Abkommen, das drei ehemaligen Republiken der Sowjetunion Sicherheitsgarantien gewährt, sei "rechtlich nicht bindend", erklärte die deutsche Botschafterin in Kiew, Anka Feldhusen, am Samstag.

In einem Gespräch mit dem ukrainischen Fernsehsender Kanal 24 reagierte Feldhusen auf einen Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, der die Unterzeichner des Abkommens aufforderte, sich zu versammeln, um dessen Bedingungen zu überprüfen.

Das Budapester Memorandum über Sicherheitsgarantien wurde 1994 von drei Atommächten – Russland, Großbritannien und den USA – unterzeichnet. Darin wurden Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine eine Reihe von Garantien zugesagt, wenn diese Länder im Gegenzug ihre Atomwaffen aufgeben. Bis dahin verfügte die Ukraine über das drittgrößte Waffenarsenal der Welt, das zuvor im Besitz der Sowjetunion war.

Präsident Selenskij erklärte, dass das Abkommen seiner Ansicht nach gebrochen wurde, und drohte mit der Entwicklung von Atomwaffen. Feldhusen sagte:

"Das Budapester Memorandum ist in der Tat ein Format ohne rechtliche Verpflichtungen nach internationalem Recht. Aber ich denke, dass wir jetzt alles versuchen müssen, um einen Krieg zu vermeiden."

Sie äußerte sich auch vorsichtig optimistisch und hofft auf eine diplomatische Lösung der Krise und erinnerte daran, dass der russische Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Joe Biden in den letzten Monaten häufiger miteinander telefoniert haben als alle russischen und amerikanischen Staatschefs vor ihnen in den letzten Jahrzehnten.

Im Jahr 2013 erklärten auch die USA, dass die Vereinbarungen nicht rechtsverbindlich seien, nachdem sie Sanktionen gegen Weißrussland verhängt hatten, das gegen einen der Artikel verstoßen hatte. Selenskij deutete nicht nur an, dass das Land seinen Status als nicht-nukleares Land überdenken könnte, sondern kritisierte auch den Westen, weil er sein Land als "Schutzschild gegen russische Aggressionen" benutze.

Es ist nicht das erste Mal, dass Kiew sich zu seinen nuklearen Ambitionen äußert. Im Jahr 2018 erklärte der ehemalige ukrainische Sicherheitsminister Alexander Turtschinow, dass es ein historischer Fehler sei, dass die Ukraine ihre Atomwaffen aufgegeben habe. Damals sagte Turtschinow:

"Die Sicherheitsgarantien, die uns gegeben wurden, sind nicht einmal das Papier wert, auf

dem sie geschrieben wurden."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6214cea648fbef72a6311f9b.jpg>

Ria.ru: Der Präsident der RF Wladimir Putin erklärte, dass nach der Anerkennung der DVR und der LVR die Minsker Vereinbarungen nicht mehr existieren.

„Wir haben bereits gestern Verträge unterzeichnet, in diesen Verträgen sowohl mit der DVR als auch mit der LVR gibt es entsprechende Punkte, die davon sprechen, dass wir diesen Republiken entsprechende, darunter auch militärische Hilfe leisten werden. Weil dort ein Konflikt läuft, geben wir mit dieser Entscheidung klar zu verstehen, dass wir im Fall der Notwendigkeit die Absicht haben, unsere Verpflichtungen zu erfüllen“, sagte er bei einer Pressekonferenz.

Wie der Präsident sagte, war Russland acht Jahre lang an einer Einhaltung der Minsker Vereinbarungen interessiert, weil sie das Ergebnis eines Kompromisses waren. Er unterstrich, dass Moskau gezwungen war, diese Entscheidung zu treffen, weil Europa Kiew nicht zwingen konnte, die Vereinbarungen zu erfüllen, die schon lange vor der Anerkennung der Republiken nichtig geworden waren. Außerdem hat Kiew mehrfach erklärt, dass es nicht beabsichtigt, seine Verpflichtungen einzuhalten.“

snanews.de: Außenminister der EU-Staaten stimmen Sanktionen gegen Russland zu

Die Außenminister der 27 Mitgliedstaaten stimmten am Dienstag bei einem Sondertreffen in Paris einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission und des Auswärtigen Dienstes zu. Die Strafmaßnahmen sollen noch in dieser Woche nach Abschluss technischer Vorbereitungen in Kraft treten.

Das Sanktionspaket der EU umfasst nach Angaben aus Brüssel ein Handelsverbot für russische Staatsanleihen, um eine Refinanzierung des russischen Staates zu erschweren. Zudem sollen mehrere Hundert Personen und Unternehmen auf die EU-Sanktionsliste kommen.

Darunter wären nach Angaben von Diplomaten rund 350 Abgeordnete des russischen Parlaments, die für die russische Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk in der Ostukraine gestimmt haben, aber auch Banken, die in der Ostukraine Geschäfte machen. Auch sollen die Freihandelsregelungen der EU mit der Ukraine nicht mehr für die Gebiete in der Ostukraine gelten.

Von Personen, Organisationen und Unternehmen, die auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden, werden sämtliche in der EU vorhandenen Vermögenswerte eingefroren. Zudem dürfen gelistete Personen nicht mehr in die EU einreisen und mit den Betroffenen dürfen auch keine Geschäfte mehr gemacht werden.

Die EU-Kommission von Ursula von der Leyen und der Auswärtige Dienst hatten den

Vorschlag für das Sanktionspaket am Dienstagvormittag vorgelegt. Demnach ist es Ziel der Finanzsanktionen, den Zugang Russlands zu den Kapital- und Finanzmärkten sowie Finanzdienstleistungen der EU ins Visier zu nehmen, um „die Finanzierung eskalierender und aggressiver Maßnahmen zu begrenzen“. Von den russischen Banken sollen diejenigen bestraft werden, die an der Finanzierung russischer Militäroperationen und anderer Maßnahmen in den Separatistengebieten beteiligt sind.

Die vorgeschlagenen Beschränkungen des Handels zwischen der EU und der Separatistengebiete würden den Angaben zufolge sicherstellen, „dass die Verantwortlichen die wirtschaftlichen Folgen ihres rechtswidrigen und aggressiven Handelns deutlich spüren“.

Das Sanktionspaket ist schärfer als zunächst am Montagabend angedacht. Hintergrund ist die Entscheidung des russischen Präsidenten Putins, auch Truppen in die beiden Volksrepubliken zu entsenden. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/0b/1228148_40:0:1000:540_1920x0_80_0_0_9cc817adb386e0162bac1ff5080767e.jpg

snanews.de: **Anerkennung von Donbass: Westen sieht darin Völkerrechtsbruch, und China...**

Die Reaktion der westlichen Länder auf die Anerkennung der Donbass-Republiken durch Moskau war vorhersagbar, so sah das auch der russische Außenminister, Sergej Lawrow. Wie fällt aber die Reaktion von Peking aus, mit dem die Führung in Moskau zuvor eine Erklärung zu einer neuen Ära der internationalen Beziehungen unterzeichnet hatte?

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sprach von einem „eklatanten Bruch des Völkerrechts“. Putin breche mit seinem Vorgehen im Osten der Ukraine nicht nur das Abkommen von Minsk, sondern auch die Uno-Charta, die die Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität von Staaten vorsehe, äußerte auch Bundeskanzler Olaf Scholz auf einer Pressekonferenz mit dem irischen Ministerpräsidenten Micheal Martin in Berlin – und stoppte die Zertifizierung von Nord Stream 2. US-Präsident Joe Biden unterzeichnete seinerseits in der Nacht einen Erlass, der US-Staatsbürgern Geschäfte mit den Donbass-Republiken verbietet, weitere Sanktionen sollen nach Angaben der US-Regierung noch kommen.

Und wie wird das Ganze in Peking gesehen?

Der chinesische Staatsrat und Außenminister Wang Yi äußerte sich in einem Telefonat mit US-Außenminister Antony Blinken eher vorsichtig. China sei besorgt über die Entwicklung der Lage in der Ukraine und Chinas Position in der Ukraine-Frage sei einheitlich, zitierte die chinesische Zeitung „Global Times“ am Dienstag. Die legitimen Sicherheitsbedenken von jedem Land sollten respektiert und die Ziele und Prinzipien der UN-Charta aufrechterhalten werden, sagte Wang. Der chinesische Staatsmann forderte anschließend alle Parteien im Ukraine-Konflikt auf, zurückhaltend zu bleiben und Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln

beizulegen. Es fielen dabei keine Worte wie Völkerrecht oder Sanktionen.

Er soll gegenüber Blinken jedoch erklärt haben, dass die bisherige Entwicklung der Ukraine-Frage im engen Zusammenhang mit der Verzögerung bei der effektiven Umsetzung des Minsker Abkommens stehe. Mehr noch: Im Telefonat mit Blinken soll Wang von den USA auch gefordert haben, „eine Reihe von Versprechen“ zu erfüllen, die US-Präsident Joe Biden machte, und „keine falschen Signale zu senden“, um China durch eine neue Version der Indopazifik-Strategie und durch „Provokationen in der Taiwan-Frage“ einzudämmen. Die USA hatten zuvor eine neue Strategie im Indopazifik präsentiert, in der China als erste Herausforderung in der Region eingestuft wird. Laut dieser Strategie sollte China auch mit Hilfe von Taiwan eingedämmt werden, bemängelte Wang. Parallel kündigte China Sanktionen gegen zwei US-Riesen der Militärindustrie an – Lockheed Martin Corp und Raytheon Technologies Corp – wegen ihrer Waffenverkäufe an Taiwan, weil diese Verkäufe laut Peking Versprechen der USA in drei chinesisch-amerikanischen Kommuniqués zu Taiwan brechen würden.

Peking stand schon hinter russischen Sicherheitsbedenken

Auch der chinesische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Zhang Jun, forderte alle Parteien am Montag auf, den Dialog und die Konsultation fortzusetzen und vernünftige Lösungen zu suchen, um die gegenseitigen Bedenken auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitigem Respekt in einer Eilsitzung des UN-Sicherheitsrates zur Lage in der Ukraine anzusprechen. Anders als die westlichen Kollegen sprach sich Zhang jedoch nicht für die territoriale Integrität der Ukraine aus. Ende Dezember hatte das chinesische Außenministerium die russischen Sicherheitsbedenken wegen der Nato-Erweiterung anerkannt und die Forderungen der russischen Führung nach Sicherheitsgarantien unterstützt. Die russischen Vorschläge in der gegenwärtigen Situation würden mit den Grundnormen der internationalen Beziehungen übereinstimmen und „das gegenseitige Vertrauen“ zwischen den Ländern fördern, hieß es damals aus dem chinesischen Außenamt.

Ob China künftig die Republiken Donezk und Lugansk ebenfalls als unabhängige Staaten anerkennt, bleibt fragwürdig. Die Führungen in Syrien sowie in Jemen haben die Entscheidung von Russlands Präsident Wladimir Putin aber bereits unterstützt. Der syrische Präsident, Baschar al-Assad, erklärte sich auch bereit, die Republiken anzuerkennen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/12/3270542_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_44be268be071daca68dce64c1b127d50.jpg

de.rt.com: Moskau kündigt Evakuierung der russischen Diplomaten aus Ukraine an

Das russische Außenministerium hat erklärt, Moskau werde in nächster Zeit das Personal der diplomatischen Vertretungen in der Ukraine evakuieren. Zuvor hatten einige ukrainische Politiker dazu aufgerufen, die diplomatischen Beziehungen zu Russland abzubrechen. Am Dienstagabend hat das russische Außenministerium die Evakuierung des Personals der

diplomatischen Vertretungen in der Ukraine angekündigt. Sie soll laut der Meldung des Ministeriums in der nächsten Zeit stattfinden:

"Unter den aktuellen Umständen ist es unsere Hauptaufgabe, uns um russische Diplomaten und Mitarbeiter der Botschaft und Generalkonsulate zu kümmern. Um ihr Leben zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten, hat die russische Regierung beschlossen, das Personal der russischen diplomatischen Vertretungen in der Ukraine zu evakuieren, was in nächster Zeit stattfinden soll."

Zuvor hatten einige ukrainische Politiker angesichts der russischen Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zum Abbruch der diplomatischen Beziehung zu Russland aufgerufen. Auch Präsident Wladimir Selenskij erklärte, Kiew denke über diese Option nach. Ein Abgeordneter der Partei Europäische Solidarität, die vom Ex-Präsidenten Petro Poroschenko angeführt wird, brachte am Dienstag den entsprechenden Gesetzentwurf im ukrainischen Parlament ein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621520ceb480cc25ff077ea0.jpg>